

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Dienstag, 22. November 1927.

Nr. 273.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich, 800

Christliche Sozialpolitik.

Unter den christlichen Arbeitern gärt es, seitdem sie die Folgen der christlichen Negativpolitik immer stärker an ihrem eigenen Leibe zu spüren bekommen, und besonders, seitdem selbst das bish. Schutz für ihr Alter, das ihnen die Sozialversicherung gewährt, unter Mithilfe der Merkanten Parteien zerstört werden soll. Um die Unzufriedenheit zu dämmen, suchen die deutschen Christlichsozialen den Eindruck zu erwecken, als wären sie entschlossen, bei der Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes jede die versicherten Arbeiter schädigende Aenderung des Gesetzes zu verhindern und die sogenannten christlichsozialen Arbeitervertreter dürfen so tun, als hätten sie auf die Haltung und Entschlüsse ihrer Partei wirklich einen Einfluß. Aber es handelt sich den Christlichsozialen genau wie bei der Verwaltungsreform, der Zuckersteuer und den Hungerzöllen nur um ein schon hinlänglich bekanntes Täuschungsmittel. Bei der Verwaltungsreform stellten sie ultimative Forderungen, die sie bei der Abstimmung verrieten, bei der Erhöhung der Zuckersteuer verbreiteten sie die bewußte Unwahrheit, die Zuckersteuer werde von den Zuckerindustriellen getragen werden und ihre Zustimmung zu den Lebensmittelzöllen bemäntelten sie mit dem Lügenmärchen, die Zölle würden keine Steigerung der Lebensmittelpreise im Gefolge haben. So hauierten sie auch jetzt mit der Behauptung, daß sie nur solche Aenderungen des Sozialversicherungsgesetzes zulassen würden, welche die Arbeiter nicht schädigen. Man brauchte nur auf einen Artikel des Abgeordneten Pajžek in der christlichsozialen Presse hinzuweisen, der sich ohne Bedenken und Umschweife hinter die Vorlage gestellt hat, wie sie von der Regierung eingebracht wurde, und sich als Anwalt der von der Regierung geforderten Aenderungen des Gesetzes bekannt hat, um das verlogene Doppelspiel, das die deutschen Christlichsozialen auch bei dieser für die Arbeiterschaft so lebenswichtigen Frage treiben, zu erkennen. Welches Schicksal die Sozialversicherung haben wird, das hängt bei der kleinen Mehrheit, über welche die Regierung verfügt, in der Tat von den Stimmen der deutschen Christlichsozialen im Parlamente ab. Sie können daher versichert sein, daß die Arbeiterschaft nicht verabsäumen wird, ihnen auf die Finger zu schauen.

Während also die deutschen Christlichsozialen den Sturm in den eigenen Reihen durch allerlei Schwindelmittel zu beschwören suchen, hat ihr Bruder in Christo, der tschechoslowakische Fürsorgeminister Monšinger Dr. Sramel, im Budgetausschuß eine Rede gehalten, welche den christlichsozialen Arbeitern wenig Hoffnung übrig läßt, daß ihr Einpruch gegen die geplanten Verschlechterungen der Sozialversicherung bei der unter Merkanten Patronanz stehenden Regierung Gehör finden werde. Vater Sramel ließ nicht den geringsten Zweifel aufkommen, daß er und die Regierung in ihrer Absicht, das Gesetz grundlegend zu verschlechtern, nicht wankend geworden sind, wie überhaupt seine Rede lehrreich für diejenigen war, die noch nicht begriffen haben, was es bedeutet, daß die Sozialpolitik der Leitung eines katholischen Priesters anvertraut ist. Kalkulationen und frivoler könnte auch nicht ein von den reaktionärsten Unternehmern bezahlter Skopffechter über dieses Thema sprechen, als es der fromme Mann in der Soutane tat, der die soziale Fürsorge im Staate zu betreiben hat. Er ist der Hauptschuldige daran, daß das Gesetz über die Versorgung der 65jährigen nicht in Kraft getreten ist, und nun sucht er diese Verschleppung mit dem Vorwand zu rechtfertigen, es habe das Geld für die Durchführung dieses Gesetzes gemangelt, denn die für diesen Zweck reservierte Umsatzsteuer habe nicht 100, sondern bloß 30 Millionen Kronen getragen, weshalb die Regierung eine neue Vorlage einbringen werde. Das weiß Herr Sramel erst jetzt? Der fromme Mann hat es mit der Versorgung der armen alten Greise wenig eilig, was wohl zu den Lehren der Bergpredigt schlecht in Einklang zu bringen

sein dürfte. Kein Geld war vorhanden! Was hat die Bürgerblutmehrheit unter Mithilfe der Merkanten Parteien in dieser Zeit an Kriensummen für Rüstungskredite und Militärausgaben bewilligt, ohne vorher abzuwarten, wie die Steuererträge sein werden, so wie dies der priesterliche Fürsorgeminister beim Gesetz über die Versorgung der 65jährigen zu tun für gut befand! Nun will die Regierung mit einem neuen Gesetz kommen! Herr Sramel sagte nicht einmal, wann dies geschehen werde! Nach der Eile, die er bisher zeigte, können die 65jährigen lange warten! Nur immer langsam voran! Mittlerweile sterben die 65jährigen ab, was offenbar nach Merkanten Auffassung die beste und jedenfalls billigste Lösung dieser sozialpolitischen Frage wäre.

Das christlichsozialistische goldene Herz des priesterlichen Fürsorgeministers zeigte sich auch in strahlendem Glanze, als er gegen die Vorwürfe wegen der Ausscheidung der Jugendlichen und der Heim- und Saisonarbeiter aus der Sozialversicherung polemisierte. Es seien dies gar nicht so viele, nämlich eine Million, nur etwa 130.000 bis 150.000. Ueberdies seien die Heim- und Saisonarbeiter ein schlechtes Versicherungsmaterial und deshalb wolle er ihre Ausscheidung, damit sie die finanzielle Unterlage der Versicherung nicht verschlechtern. Die von Herrn Sramel genannte Zahl ist eine ganz willkürliche, die wirkliche Zahl der aus der Versicherung nach der Vorlage ausscheidenden Arbeiter wird eine vielfach größere sein. Die Bestimmung, wonach alle landwirtschaftlichen Arbeiter auszuschließen haben, die nicht mehr als 90 Tage im Jahr beschäftigt werden, öffnet ungeheure Möglichkeiten des Mißbrauchs, was natürlich der Merkante Fürsorgeminister auch weiß, ohne daß er sein frommes Gemüt dadurch beiderwertig fühlt. Aber selbst wenn es wirklich „nur“ 130.000 bis 150.000 Menschen wären, die in Frage kommen — welche Gefühlsverwilderung spricht aus der Äußerung, mit der der katholische Priester diese armen, geschundenen, ausgebeuteten Menschen des Rechtes auf Schutz vor dem Verhungern für verlustig erklärt! Hinzu mit ihnen, sie sind ein „schlechtes Mist“, sie würden die „finanzielle Unterlage der Versicherung verschlechtern“. Der Mann im Priesterrod, dem unter der Bürgerregierung die Sozialpolitik ausgeliefert ist, sieht nur Ziffern und nicht die lebenden armen Menschen! Welche eine Gipfelleistung der christlichen Charitas!

Ueberhaupt scheint diesem kostbaren katholischen Gemütsathleten und Fürsorgeminister die ganze Sozialpolitik eine höchst lästige Sache zu sein, denn er brachte es fertig, zu behaupten, daß „man“ auch in der Heimat der Sozialversicherung, in Deutschland, heute bereits nach Amerika zu schießen beginne, wo es dem Arbeiter weit besser gehe, als in Deutschland, obwohl der deutsche Arbeiter nach allen Seiten versichert sei. Warum es dem amerikanischen Arbeiter besser geht als dem deutschen, das braucht ein sozialer Fürsorgeminister nicht zu wissen; dafür hält er es für seine Aufgabe, den Schein zu erwecken, daß es die Sozialversicherung sei, welche die Schuld daran trägt, wenn es dem Arbeiter in Deutschland nicht so gut geht, wie jenen in Amerika. Auf den nächsten internationalen Tagungen für Sozialpolitik sollte man diesen törichten, so geschäftig informierten tschechoslowakischen Fürsorgeminister vorführen. Das wäre schon der Unkosten wert!

Selbstverständlich erklärte Herr Sramel, die Regierung habe sich zur Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes nur durch „sachliche Gründe“ bestimmen lassen. Das wird ihm nicht einmal das dümmste Merkante Netzweib glauben. Aber nur so fort! Je größer die Gendarmei und je offener die Schwarzen die Geschäftse der schäblichsten Ausbeuter besorgen, um so eher wird es Licht in den Köpfen werden und um so früher werden selbst die geduldigsten Merkanten Schäflein die Lüge vom „christlichen Sozialismus“ durchschauen.

Zur Lohnbewegung in der Hohlglasindustrie.

Nach halbtägigem Streik: Fortführung der Verhandlungen.

Tannwald, 21. November. (Eigenbericht.) Bei den Verhandlungen über die bekannten Forderungen der Hohlglasarbeiter, hatten sich in letzter Zeit Schwierigkeiten ergeben in der Form, daß die Zugeständnisse der Unternehmer sehr minimal waren und sie an Stelle der Beseitigung der großen Lohnunterschiede in den einzelnen Gebieten nur eine einmalige Teuerungsaushilfe für die betreffenden Arbeiter boten. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten bei den diesbezüglichen Verhandlungen, daß sie nicht in der Lage seien, auf dieser Basis die weiteren Verhandlungen zu führen, und sie müßten mit der Arbeiterschaft Rücksprache nehmen. In einer Reichskonferenz, welche am 12. d. M. stattfand, wurde über den Stand der Lohnbewegung berichtet und die vorliegenden neu ausgearbeiteten Anträge genehmigt. Diese Anträge wurden dem Arbeitgeberverband der Glasindustriellen in Tepliz überreicht, wobei in einer Aussprache die Herren erklärten, daß diese neu ausgearbeiteten Anträge noch so weitgehend sind, daß

sie zuerst mit ihren Unternehmern Rücksprache nehmen müßten. Dadurch will der Arbeitgeberverband die Entscheidung den einzelnen Unternehmern übertragen, und es haben infolgedessen am Samstag, den 19. November, die Arbeiter in allen Hohlglasbetrieben einen halbtägigen Proteststreik durchgeführt, verbunden mit einer Intervention bei den betreffenden Firmainhabern. Nach den letzten schriftlichen Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes findet am Dienstag, den 22. November, in Prag eine neuerliche Versammlung der Industriellen statt und soll dort der endgültige Standpunkt dargelegt werden. Nach einem Schreiben des Herrn Dr. Wiesner besteht die berechtigte Hoffnung, daß eine Einigung erzielt wird, weil er selbst darin zum Ausdruck bringt, daß er zu der Hoffnung berechtigt ist, daß es gelingen werde, die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Es ist demnach zu erwarten, daß in den nächsten Tagen die Verhandlungen weitergeführt werden.

Das Sündenregister des Arbeitsministeriums.

Berchleppung wichtiger Vorlagen. — Ruin der Bruderladen. — Genosse Pohl über die Kohlenengroßhandels-Gesellschaft Svehla-Stejtal.

Wie wir bereits kurz berichteten, unterzog Genosse Pohl am Samstag im Budgetausschuß die Tätigkeit des Arbeitsministeriums, soweit sie sich auf den Bergbau bezieht, einer scharfen Kritik. Wir bringen nachfolgend einen Auszug aus seiner am Samstag gehaltenen Rede:

Genosse Pohl gibt zunächst der Vermutung Raum, daß man im Auschuß das Ministerium für öffentliche Arbeiten nur deshalb gleichzeitig mit dem Ministerium für Anstalten behandle, weil der Kontrast ein zu großer wäre, wenn nach dem Exposé des Ministers Dr. Benš der Verteidigungsminister aufstehen und sein Exposé hätte halten müssen. Das hätte nämlich ganz genau zusammengepaßt: Der Herr Minister Benš hat uns soviel erzählt, wie er sich in Gen. abmüht, die Abrüstung zu erzielen; sein Kollege Udrazal hätte das natürlich dementsprechend „ergänzt“ (Zustimmung.)

Genosse Pohl wendet sich dann dem monatlichen Teil des Exposés des Arbeitsministers zu. Allgemein herrscht die Meinung vor, die Kohle sei zu teuer;

dies behauptet man, indem die sohlenverbrauchende Industrie, zur Illustration nur zwei Ziffern: Die englische Kohle, die 15-16 Schilling (123 bis 131 Ks) pro Tonne kostet und mindestens so gut ist wie die tschechische, ist mit 70 bis 80 Kronen von 72 Kronen pro Tonne belastet, unsere Kohle dagegen kostet 160 bis 180 Kronen, obwohl sie mit 70 bis 80 Kronen belastet ist.

Diese beiden Ziffern zeigen neuerlich auf, wie unrichtig die Behauptungen sind, daß unsere Kohle nicht billiger sein könne, weil die Löhne und die sozialen Lasten das Produkt zu sehr verteuern. Der Anteil der Löhne und sozialen Lasten am Kohlenpreis ist in tschechischer Währung von 47 Prozent vor dem Kriege auf 31 Proz., in Břez auf 33 Prozent juristischgegangen. Dagegen ist der Anteil an Steuern in derselben Zeit von 7 auf 20 Prozent gestiegen.

Wir sind noch immer der einzige Staat, dessen Kohlenproduktion noch immer mit der

Kohlensteuer belastet ist. Ueber 5 Milliarden hat die Finanzwirtschaft des Staates aus den Kohlen schon herausgeholt!

Die Reallohne der Bergarbeiter betragen gegenwärtig nur 80 Prozent der Vorkriegeslöhne; wir haben Zehntausende von Familienvätern, die nicht mehr als 170 Kronen wöchentlich verdienen. Alle Versuche diese traurigen Verhältnisse zu bessern, sind einerseits an dem aktiven Widerstand der Unternehmer, andererseits an einer gewissen Passivität des gegenwärtigen Leiters des Arbeitsministeriums gescheitert, obwohl wir schon im Vorjahre nachzuweisen vermochten, daß die bekannten acht Kohlenproduktionsunternehmen ihren Reingehalt von 11 Millionen im Jahre 1926 auf 57 Millionen im Jahre 1925 steigern konnten.

Auf die Frage, welche Fürsorge das Ministerium in den letzten Jahren den Bergarbeitern gewidmet hat, kann man nur sagen: nichts, nichts und wieder nichts.

Das versprochene Gesetz über Grubeninspektionen wurde nicht durchgeführt; obgleich wir die

Frage alljährlich urgieren, hat sie der Herr Minister auch heute völlig übergegangen. Ebenso ist es nicht möglich, eine Abänderung der veralteten Bestimmungen unseres Vergütungsgesetzes an die geänderten Verhältnisse zu erzielen. Glauben Sie nicht, daß das Kleinigkeiten sind, oder bloße Formalitäten! Wir verlangen ferner seit Jahr und Tag die Reform des Betriebsstrafgesetzes. Auch die Durchführungsverordnung zum Urlaubsgesetz ist noch nicht erlassen, obwohl kaum ein Gesetz von den Bergwerksbesitzern zum Nachteil der Bergarbeiter darat mißbraucht wird, wie das Urlaubsgesetz regelmäßig im Frühjahr vor dem 1. Mai finden Entlassungen zu Hunderten und Tausenden statt, lediglich zu dem Zweck, um die paar Tage Urlaub zu ersparen. Die Entlassenen bekommen immer wieder Arbeit, aber erst nach 11 Tagen oder 1 Wochen, um den Urlaubsanspruch hinlänglich zu machen. Sehr dringend ist ferner eine

Reform der Bergbehörden.

Ich unterschreibe alles, was der Herr Minister über den Personalmangel bei diesen Behörden erzählt hat. Man verschweigt aber, daß an diesem Personalmangel nicht in letzter Linie der ununterbrochene Abfluß von staatlichen Konstantenbeamten durch die privaten Grubenbesitzer schuld ist, die glauben, mit dem betreffenden Beamten gleichzeitig seine Beziehungen zu dem Amte gekauft zu haben. Diesem für Genosse Pohl eine ganze Reihe von Beispielen an. Trotz des Personalmangels wird von dem Personal auch noch einmal der richtige Gebrauch gemacht. Seit Jahr und Tag bemühen wir uns endlich einmal die Vereinfachung der drei Revierbergämter Komotau, Břez und Tepliz zu erzielen. Das eine Revierbergamt könnte mit dem Personal der drei bisherigen glänzend ausgestattet werden, aber das ist nicht zu erzielen. Ebenso steht es mit der Frage der Bergbaupolizei. Deren Aufgaben wären auf die Revierbergämter, bzw. an das Ministerium für öffentliche Arbeiten zu übertragen, denn sie sind doch ohnehin fast aus jedem praktischen Verkehr ausgeschaltet. Seit mehreren Jahren regen wir — bisher erfolglos — auch an, daß über die Tätigkeit der Berginspektoren

Berichte der Grubeninspektion.

die im Ministerium für öffentliche Arbeiten errichtet ist, veröffentlicht werden sollen. Der Herr Minister flunkert hier mit der Inspektion; der einzige Zweck einer durchgeführten Inspektion ist doch die Veröffentlichung der Berichte. Aber trotzdem hat der Ministerrat diese Forderung, die doch nur ein Bogatell kosten würde, angeblich zweimal abgelehnt. Am 11. September 1926 habe ich an den damaligen Minister für öffentliche Arbeiten eine Anfrage gerichtet, wie die Revierbergämter von den Gewerkschaften oder vierteljährliche Angaben über die nationale Zusammenfassung der Belegschaft und der Aufseher verlangen können. Bis heute ist noch keine Antwort da, obwohl es ganz klar ist, daß diese Angelegenheit die Bergbehörden nichts angeht.

Genosse Pohl geht nun zur Besprechung des

Staatsgruben

über. Deren unerfreuliches Ergebnis besteht weniger darin, daß der Inlandbetrieb schlecht verwaltet ist, als vielmehr darin, daß ihnen Aufgaben aufgebürdet sind, die ihnen nicht zukommen.

An den Pensionisten der Staatsgruben hat sich die neue „Legenreiche“ Tätigkeit des Arbeitsministeriums ausgelebt: Man hat diesen armen Teufeln die Zulagen von 17 auf 7 Millionen gekürzt

und diese 7 Millionen den Staatsgrubenverwaltung aufgebürdet, die durch eine Reihe hochgradig passiver Unternehmungen ohnedies arg belastet sind. Genosse Pohl kritisiert dann unter anderem den Raubbau auf der Sedwigsgrube, die das Seestädter Elektrizitätswerk verfrachtet; ebenso hätte man mit dem Projekt P r e s c h e n, das 45 Millionen kostet, noch einige Jahre warten und die Gelder anderweitig verwenden können.

Zur Bruderladenversicherung

erklärt Genosse Pohl folgendes: Das vorjährige Projekt des Herrn Ministers Dr. Spina, für die Sanierung der Bruderladen die Unternehmer und die Staatskasse heranzuziehen ist gescheitert.

Nach den Erklärungen des Ministers ließ sich das Ministerium von dem Bestreben leiten, einerseits die Selbständigkeit dieses Versicherungszweiges zu erhalten, andererseits die Herabsetzung der Ansprüche auf ein möglichst geringes Maß einzuschränken. Leider sei die Regierung aber nicht in der Lage gewesen, die erforderlichen Mittel flüssig zu machen, weshalb sich das Ministerium diesen Stand der Dinge hätte anpassen müssen!

Da bin ich gezwungen, zu ergänzen, wie die Regierung „sich diesem Stand der Dinge angepaßt“ hat: Erstens durch Aufhebung der Selbständigkeit der Bruderladenversicherung und zweitens durch wesentliche Verschlechterung der Krankenkassen, zu der absolut keine Notwendigkeit vorlag. Die Ansprüche der Pensionisten wurden um ein ganzes Drittel herabgesetzt, die Anwartschaften sogar um 40 Prozent.

Weiters ist die Aufhebung der Berufsunfähigkeit, die Aufhebung der Altersrenten und der unbedingten Witwenrenten geplant. Derartige Verschlechterungen kann man denn doch nicht so einfach abtun, wie es der Herr Minister tat. Man beruft sich darauf, daß der Finanzminister die Staatsbeihilfe an die Bedingung geknüpft habe, daß die Bruderladen der Sozialversicherung eingegliedert werden müssen. Am 7. Juli hat der Finanzminister einer Deputation jedoch erklärt, daß es ihm vollständig gleichgültig sei, ob die Selbständigkeit der Bruderladen bestehen bleibt oder nicht. Von wem also die Bedingung ausgeht, ist unbestimmt!

Der Minister hat im Vorjahre erklärt, daß 70.000 Rentner übernommen werden müßten, für die eine Bedingung nicht vorhanden war. Ich meine, daß das eine Reparationsschuld ist, der sich ein Staat, der so sehr auf Konsozolidierung bedacht ist wie der unsere, nicht entziehen kann.

Aber nicht nur durch die Krise allein ist die Zahl der Pensionisten auf 88.000 im Jahre 1926 gestiegen!

In den Jahren 1921 bis 1926 sind 85.000 Mitglieder aus den Bruderladen abgegangen, davon durch Invalidität und Tod 17.000; der Belegschaftstand hat sich von 129.000 auf 93.000 verringert.

In derselben Zeit haben die Grubenbesitzer aber 35.000 Bergarbeiter neu aufgenommen! 10.000 Pensionisten könnten weniger sein, wenn nicht ohne Not neue Arbeiter aufgenommen würden!

Zeit vier Jahren verlangen wir deshalb Einsparung auf die Arbeitsvermittlung, aber es war nichts zu erzielen. So trägt die Regierung mit der Verantwortung für den Ruin der Bruderladen. Ich bin kein Freund von Trostungen, aber eins kann ich leidenschaftlos und mit aller Ruhe sagen:

Wenn das Ministerium die Sanierung der Bruderladen wirklich so durchführt, daß sie ihre jahrzehntelange Rechte der Bergarbeiter verliert, dann wird es auf lange Zeit in den Bergbau-

revieren keine Ruhe und keine Ordnung geben und die Bergarbeiter werden schließlich von allen Mitteln Gebrauch machen, die ihnen zu Gebote stehen.

Es ist nicht richtig, wenn der Herr Minister hier erklärt, daß die anderen Vorschläge, die erstattet worden sind, nicht imstande sind, das Problem zu lösen.

In wenigen Tagen werden die Bergarbeiter-ebgeordneten einen Initiativantrag vorlegen, der unserer Meinung nach anreicht, um die Bruderladen zu sanieren und den alten Bruderlademitgliedern wie den neuen ihre bisherigen Rechte weiter zu erhalten.

Die Kohlenwirtschaft.

Der Herr Minister hat erklärt, daß wir voll arbeiten und daß es den Arbeitern gut gehe. Wir arbeiten wohl etwas besser als im Vorjahre, aber noch lange nicht gut und voll.

Sogar jetzt gibt es draußen in den Revieren Teuerschichten.

deren Ursache in dem gesunkenen Inlandsverbrauch und in der Zuigerung der Kohleneinfuhr liegt. Namentlich der Vertrag mit Polen, demzufolge wir monatlich 60.000 Tonnen zur Einfuhr zulassen, hat sich nicht als vorteilhaft erwiesen, wie schon die Passivität unserer Handelsbilanz mit Polen zeigt. Unser Kohlenexport nach Deutschland wurde von 7 auf 2 Millionen Tonnen zurückgedrängt; das kommt daher, daß in Deutschland eine Gemeinwirtschaft besteht, bei uns aber nicht.

Unsere Forderung, Zwangshandelsverträge zu schaffen, ist vollständig ungehört verhallt.

Auch unser Vorschlag, die durch den Braunkohlenbergbau verfallenen Landflächen zu reaktivieren und so den Bergarbeitern zu helfen, ist auf taube Ohren gestoßen.

Die Regierung ist vollständig passiv mit einer einzigen Ausnahme, den

Kohleneinfuhrschemen.

Ich habe am 14. Juli d. J. an die Gesamtregierung eine Interpellation wegen des Erlasses des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 21. Juni 1927 überreicht, die bis heute nicht in Druck erschienen und nicht beantwortet ist. In diesem Erlass wurde mitgeteilt, daß die ganze Einfuhr von polnischer Kohle der

Tschechoslowakischen Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H. in Prag

übertragen wird, einer Gesellschaft, die durch Dr. Svehla, den Bruder des Ministerpräsidenten und Herrn Stejskal repräsentiert wird. In der Begründung heißt es, daß die Vergabung aus wirtschaftlichen Gründen zum Schutze der heimischen Gewerke und „aus Gründen der staatlichen Oberhoheit“ erfolge. Ich frage:

In welchem Lande der Welt wäre ein solches Dokument möglich?

Es gibt hier nur eine staatliche Oberhoheit, die der Regierung; kann sie sie nicht ausüben, dann hat sie abzutreten. Aber

irgend einem privaten Händler das staatliche Oberhoheitsrecht über die Wirtschaft zu übertragen, das ist doch stark!

Dazu kommt, daß der Minister dieser Gesellschaft das Recht bis 31. März 1937 erteilt hat, während der Vertrag mit Polen gar nicht so lange währt!

Ich muß deshalb an den Herrn Minister die konkreten Fragen richten:

Ist er bereit zu versichern, daß dieser ungeheuerliche Erlass zurückgezogen wird?

Ist er bereit, den Abschluß der eingeführten Kohle einer gemeinnützigen Gesellschaft unter Aufsicht des Staates zu übertragen und den eventuellen Nutzen für Zwecke der Sanierung der Bruderladen zu verwenden?

Ist er bereit, über die Frage der Regelung der Kohleneinfuhr den Kohlenrat und seine Kommissionen zu hören?

Ist er bereit, zu verraten: Was

wurde mit den beiden Vertretern, Herrn Dr. Svehla, und Stejskal über die näheren Bedingungen der Uebertragung der polnischen Kohleneinfuhr vereinbart? Ist es richtig, daß, wie verkantet, der Nutzen wie folgt aufgeteilt ist: Der tschechischen Agrarbank 53 Prozent, der landwirtschaftlichen Handelsgesellschaft in Teleschen 27 Prozent und der Rest von 20 Prozent dem Herrn Stejskal persönlich? Ich bitte um Antwort!

In einem Schlußwort reagierte Minister Spina auf die Feststellungen des Genossen Pohl in einer ganz ungenügenden Weise. Die polnische Regierung hätte im Einvernehmen mit den Produzenten die Vertragsmenge auf die einzelnen Konzerne aufgeteilt; diese unterhielten früher bei uns Kommissionäre, welche den Verkehr mit den Konsumenten vermittelten. Schon unter dem früheren Regime seien einzelnen Händlern Einfuhrscheine gegeben worden, doch hätten sich Unzulänglichkeiten ergeben. Um dem entgegenzutreten, habe der Minister nach § 23 des Gesetzes vom Jahre 1920 die Einfuhr polnischer Kohle an eine Handelsgesellschaft vergeben, welche durch reellen Handel diese unzulässigen Erscheinungen ausschließen sollte. Diese Gesellschaft sei nicht auf Gewinn berechnet (?); die Regierung werde durch ihren Kommissionär die Tätigkeit dieser Gesellschaft kontrollieren.

Abstimmung im Budgetauschuß.

Nachmittag bis 3 Uhr früh.

Prag, 21. November. Die Sitzung des Budgetauschusses, die heute nachmittags um 4 Uhr begann und bei Blattschluß noch andauert, dürfte in den ersten Morgenstunden die Schlußabstimmung über das Budget bringen.

Nachmittags wurde zunächst das Kapitel „Wohlfahrt“ behandelt über das der Landwirtsch. Minister Dr. Cerny befaßt sich ausführlich mit der Lebensmittelkontrolle und erklärt dann, daß das Ministerium derzeit noch an der Liquidierung der Zentralen arbeite; namentlich bei der Liquidierung der Kriegsgeldzentrale werden noch viele Prozesse geführt. Die Kettzentrale ist bis auf Forderungen von 800.000 Kronen gegen staatliche Ämter und 268.000 Kronen gegen Private liquidiert.

Dann wurde das letzte Kapitel „Ministerium für Landesverteidigung“ in Angriff genommen, das ordentliche Ausgaben im Betrage von 1388 Millionen und außerordentliche von zwölf Millionen, insgesamt genau 1400 Millionen, aufweist. Das Referat erstattete Abgeordneter Prada. In der anschließenden Debatte kam spät abends noch

Genosse Heeger

zu Worte, der die Koalitionsparteien namentlich wegen der Komodie die mit dem Witzgedanken geübt wird, angriff. Er wies aus den Ziffern des Budgets nach, daß man an die Verwirklichung des Witzgedankens überhaupt nicht mehr denkt. Dann befaßte sich Genosse Heeger ausführlich mit der Gajda-Affäre und schließlich mit den einzelnen Kapiteln des Budgets, soweit es sich um die Mannschaf, ihre Löhnung und Beförderung, um Gesundheitspflege usw. handelt. Wir werden noch ausführlicher darauf zurückkommen.

Bei Blattschluß war die Debatte noch nicht beendet. Da die Abstimmung, die noch unter allen Umständen in der Nacht durchgeführt werden soll, um die rechtzeitige Drucklegung des Berichtes zu ermöglichen, fast zwei Stunden beanspruchen dürfte, wird die Sitzung kaum vor 3 Uhr früh zu Ende sein.

Der Kampf um die Sozialversicherung.

I.

Die am Samstag abgeführte Budgetdebatte im Ausschuß spiegelt so recht die parlamentarischen Verhältnisse wider, die sich bei uns herausgebildet haben. Nicht weniger als fünf Minister haben in dieser Sitzung das Wort ergriffen, fünf Minister haben ihre Exposés erstattet, denen zweifellos vielfach eine Bedeutung zukommen würde. Werden aber die Exposés im tschechoslowakischen Parlament zu dem Zwecke gehalten, um die Grundlage für eine Aussprache zu bilden? Weit gefehlt. Die Exposés werden nur erstattet, um den Parlamentarismus zum Schein aufrecht zu halten; der Öffentlichkeit soll eine parlamentarische Verhandlung vorgegaukelt werden. Schon die Tatsache allein, daß

fünf Ministereposés,

und zwar des Ministers des Innern, der öffentlichen Arbeiten, der sozialen Fürsorge, des Gesundheitswesens und der Unifizierung, also mit einer Ausnahme — bei der wieder wegen vollkommener Ueberflüssigkeit des betreffenden Ministeriums es sehr lobnend wäre, einmal eine gründliche, grundsätzliche Aussprache über den Aufwand, den dieses Ministerium verursacht hat, einerseits und über die während der ersten Jahre des Bestandes vollbrachten Leistungen andererseits abzuführen — äußerst wichtige Reserven betreffende Exposés, in einer einzigen Sitzung erstattet werden, beleuchtet die Verhältnisse grell. Wie sollen die Parlamentarier und wegen sachlich, geistig oder physisch noch so glänzend ausgerüstet sein, diesen Darlegungen zu folgen vermögen, wie sollen sie sich kritisch dazu einstellen, um so mehr, wenn man bedenkt, daß der Budgetauschuß in den letzten Tagen wieder Dauerleistungen abschließt und daß auch die letzte Sitzung, die sich mit fünf Ministereposés brüsten kann, bis Mitternacht gewährt hat. Daß die Exposés aber nicht einmal als Grundlage der Betrachtungen für die Herren Minister dienen sollen, ersieht man schon daraus, daß sie regelmäßig beim Abschluß der Debatte über das betreffende Kapitel erstattet werden. Formell ist wohl die Möglichkeit der Debatte über diese Darlegungen nach der Geschäftsordnung gegeben, technisch und physisch ist das unmöglich, was jeder Kenner unseres Parlamentarismus und unserer Ausführehandlungen bestätigen wird. In der Regel halten die Redner der Oppositionsparteien Monologe, es ist nicht wie in allen Parlamenten der Welt die Budgetdebatte eine freie Aussprache über alle politischen und wirtschaftlichen Probleme des Staates zwischen den einzelnen Parteien, eine Tatsache, die auch den Eifer der arbeitsamsten, eifrigsten Parlamentarier lähmt. Nur so hat sich jetzt der Zustand herausgebildet, daß Regierungsparteien und Opposition glücklich sind, wenn wieder ein Kapitel der umfangreichen Materie der Erledigung durchgeführt ist.

II.

Das Exposé des Herrn Ministers für soziale Fürsorge Mr. Sramek ist nach mehrfacher Richtung hin lehrreich. Er hat es zum erstenmal als notwendig befunden, sich etwas ausführlicher wenn auch immer noch nicht mit der notwendigen Gründlichkeit und Sachlichkeit, mit der vor mehr als Monatsfrist durch die Regierung eingebrachten Vorlage auf Abänderung des Gesetzes Zahl 21 ex 1924 betreffend die Versicherung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters zu befaßten. In jedem anderen Staate hätte die geplante Abänderung eines so wichtigen Gesetzes Gegenstand eifrigster Diskussion schon im Stadium der Vorberatung im Schoße der Regierung gebildet. Bei

Der falsche Brinz.

19 **Leben und Abenteuer.**

Von Harry Tomela.

Tabei simte an uns das glanzvolle Leben der großen Welt vorbei. Dort die elegante Kofotte, was kümmerte sie sich um die beiden armen Jungen neben ihrem Auto! Dort, vor dem Portal eines vornehmen Theaters des Westens, mondäne Frauen in phantastischen Kostümen und Mänteln, Gentlemen im Abendanzug, was sorgten sie sich um die Fieberkranken zweier junger Menschen, welche gierig die Menge in den tiefen Bau des Komödienhauses verschwinden sahen, und die draußen stehen bleiben mußten mit ihrem Hunger nach Kunst, nach Bildung, nach Kultur. Und immer mehr elegante Autos kamen die Straßen dahergehüllt: die Reichen vom Kurfürstendamm und vom Grunewald fuhren zum Abend in die Stadt. Welche Gegenstände wurden an solch einem Abend den aufmerksamen Sinnen vorgeführt. Vor den großen Hotels der Fremden, wo die internationale Welt zu Hause war, welche Eigenart der einzelnen Nationen, welche Eigenart der verschiedenen Personen. Wie schön sichtbar der Kristall vom Handelsherren, der wieder vom kleinen Geschäftsfreisenden, der bewegliche Advokat von ruhig daherschreitenden Geistlichen ab. „Alle Erkenntnis erwächst aus Vergleichen“, sagte Wolf hier sah ich an jedem solchen Abend ein Stück der großen Welt, und immer war es Wolf, der ihr mit Verachtung und Geringschätzung entgegentrat. Wolf haßte die Andern mit einer maßlosen Leidenschaft. Das Aufflammen seines Hasses war manchmal so elementar, daß ich mich förmlich entsetzte. Und ich gestand mir, so wenig ich an den Ausbruch solcher Abgründe gewöhnt war:

dieser maßlose Haß färbte auf mich ab, weil Wolf mit seinem Urteile recht hatte. Aber dieser Haß, er hielt uns beide wach. Er ließ uns die Dinge, häßlich und grausam wie sie waren, in hartem, unbarmherzigem Lichte sehen. Er hielt unseren Geist lebendig und ließ uns einen Standpunkt finden mitten in einer uns feindseligen Welt.

Der Winter ging bereits zu Ende, als ich eines Abends meinen Freund zur verabredeten Zeit nicht antraf. Ich wartete, wartete. Er kam nicht. Ich wurde ungeduldig, ging in die Vorhalle des Bohuhojs, nirgendwo war er zu sehen. Ich ging in den Wartesaal zurück und wartete beunruhigt weiter. Da er sonst immer pünktlich war, konnte ich mir sein Ausbleiben nicht erklären. Der Kellner, der ihn kannte, hatte auch keine Ahnung. Ein Berber, den ich fragte, suchte mit den Achseln. Bis Mitternacht wartete ich. Er kam nicht. Am nächsten Abend wartete ich wiederum. Vergeblich! An einem der folgenden Tage ging ich durch die Leipziger Straße. Da gloubte ich ihn vor mir zu sehen! Da, da! — und ich war betrogen, betrogen. Jrgend ein fremder Mensch sah mich erstaunt und von oben bis unten an. So erging es mir mehrfach, doch hatte ich noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben. Wo war mein Freund? Jetzt empfand ich, was er mir geworden war: die Hälfte meines eigenen Selbst. Überall in den Aneipen fragte ich herum. Man lachte mich über mich. Nach und nach verlor ich die Hoffnung, und eine müde Trauer besiel mich. So muß es jemand zunichte sein, der einen lieben Toten stumm und gedankenvoll zu Grabe trägt. Mühte ich Wolf, meinen Freund, meinen Kameraden, meinen Lebensweder, zu Grabe tragen? Wo mochte er sein? Da traf ich eines Abends einen anderen Vagabunden, der Wolf ebenfalls gekannt hatte. „Du, der Fährlich ist verständig“, erzählte er munderhina, „den haben sie bei einem Einbruch gefaßt. Er wäre noch ausgeführt, wenn ihm nicht ein Nachwächter ge-

rade die Kanone vor die Brust gehalten hätte. Ein paar Jahr gib's mindestens.“ Wie Donnereschlag traf es mein Herz! Unfassbar! Ganz benommen ging ich die Straße dahin, ging in den Tiergarten, warf mich irgendwo mit dem Gesicht plat auf den Boden und heulte, heulte aus ganzer Tiefe, sah sie krampfhaft den Haken und stöhnte mein Leid in die dumpfe Erde hinein, in der bereits die neuen Kräfte des Jahres schlärten und gärten. Hernach irrte ich durch den dunklen Park, überall an seinem Rande vor dem rastenden Getriebe der Großstadt schmerzlich zurückstehend, bis ich gegen Morgen, als bereits eine fahle Dämmerung heraufzog, auf einer Bank einschlief.

Nun war ich wieder ganz allein. Nachts schlief ich jetzt im Tiergarten auf den Reimwegen, tagsüber taumelte ich todmüde durch die Straßen und bettelte. Es wurde Frühling, Stundenlang sah ich am Tage im Tiergarten auf einer Bank in der Sonne und starrte vor mich hin. Alles war mir jetzt so furchtbar gleichgültig. In die Mücken ging ich jetzt nicht mehr; ich konnte die Sammlung, die dazu nötig war, nicht mehr aufbringen. Auf mein Koffer legte ich überhaupt keinen Wert mehr. Ich war jetzt so verkommen und verschmüht, daß ich später das Verhalten der Leute verstehen konnte. Wenn jemand von mir abriet — und ich meinte damals, daß jeder sich vor mir entsetze —, so spürte ich nur die Blutwelle in mir höhergehen, so spürte ich in mir nur den Trieb, einem solchen Menschen ins Gesicht zu peilen. Wenn ich in den gepflegten Straßen der Reichen umherging, so mußte ich mich manchmal beherrschen, einem Manne, der mir mißfiel, nicht ein Schimpfwort an den Kopf zu werfen. Ein im Vorbeigehen aufgefangener verächtlicher Blick konnte mich rasend machen, so daß ich nicht erst nach Stunden beruhigen konnte. Gegen jeden gut aussehenden Menschen wurde allmählich ein

Daß in mir wach, der mich zu verzehren drohte. Paria, der ich geworden war, fühlte ich mich für kurze Zeit wach und aufgehoben, wenn ich mich unter meiner Kaste, in der Welt des Kiepes, befand. Aber lange hielt es mich auch hier nicht. Hier sollte ich nicht untergehen. Ich sollte nicht unter diesen Ausgeföhnen landen. Ich sollte vielmehr verdammt zu sein, meinem nutzlosen Leben bald ein Ende zu machen. Die Gedanken, die Wolf in mir hatte rege werden lassen, sie umschwebten mich jetzt wie wirre Fieberbesessenen und schüttelten meinen schwachen Körper. Wie Gespenster jagten sie durch meinen Kopf und hezten mich meine Nerven wurden immer überreizter. Jede Bemühtigung beim Betteln war für mich jetzt eine Hölle.

Eines Vormittags befand ich mich auf dem Kurfürstendamm. Wohin ich wollte, wußte ich nicht. Wankenlos ließ ich mich von den Menschen treiben. Ich war furchtbar müde. Die Sonne schien warm und freundlich. Ich wagte es nicht, mich auf eine der Bänke zu legen, da die Passanten mich wie einen Ausschüßgen anstarrten. Ich ging immer weiter. Am Oboer Platz konnte ich nicht mehr. Ich mußte mich setzen. Au der Bank sah ein Kindermädchen. Ich setzte mich auf die äußerste Bank. Vor ihr stand ein eleganter, wohlhabender Kinderrwagen. Zwei Kinder traten vor der Bank nieder. Das Mädchen, mit Schweifchenkäubchen und Lackshuhen, storkerte sich in den Zähnen herum, als das eine Kind sich beobachtend vor mir aufstellte, es rief sie: „Wu! Komm sofort hierher! Hörst du nicht? Als das Kind mich weiter neugierig ansah, bra g sie auf und rief es weg. „Kannst du nicht hören, du unartiges Balm!“ Daraufhin setzte sie sich wieder, möglichst weit von mir entfernt. Ich fühlte, wie mir das Blut durch die Schläfen fuhr. Jetzt trabelte sie in einer kleinen Handtasche und zog eine Parlinenpackung und einige eingewickelte Brotkrumen heraus. (Fortsetzung folgt.)

Unser Hauptfeind: Die bürgerliche Presse.

„Eines müssen Sie ohne Unterlass festhalten, ohne Unterlass verbreiten: Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die bürgerliche Presse ist in dem Entwicklungsstadium auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unfähigkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit. Täglich Lügen, Lügen in reinen Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil entstellend — das waren die Waffen, mit denen man uns bekämpfte...“

„Einst war sie wirklich der Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Bildner, Lehrer und geistige Erzieher des großen Publikums. Sie tritt für Ideen und sucht zu diesen die große Masse emporzuheben. Allmählich aber begann die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen. Von Stund an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapitalhungrigen Verleger. Von Stund an handelte es sich also nicht mehr darum, für eine große Idee zu streiten und zu ihr langsam und allmählich das große Publikum hinaufzuheben, sondern umgekehrt, solchen Meinungen zu huldigen, welche, wie sie auch immer beschaffen sein mochten, der größten Anzahl von Zeitungskäufern (Abonnenten) genehm sind. Von Stund an also wurden die Zeitungen, immer unter Beibehaltung des Scheines, Vorkämpfer für geistige Interessen zu sein, aus Bildnern und Lehrern des Volkes zu schändlichen Aufwärtlern der geldbesitzenden und also abonnierenden Bourgeoisie und ihres Geschmades.“

Von Stund an wurden also die Zeitungen nicht nur zu einem ganz gemeinen, ordinären Geldgeschäfte, wie jedes andere auch, sondern zu einem viel schlimmeren, zu einem durch und durch heuchlerischen Geschäft, das unter dem Scheine des Kampfes für große Ideen und für das Wohl des Volkes betrieben wird.“

Habt ihr einen Begriff von der zerstörenden Wirkung, die diese täglich fortgesetzte Heuchelei, dieses Pfaffenstüm des 19. Jahrhunderts, allmählich auf Verleger und Zeitungsschreiber hervorbringen mußte?...

Die Empörung und Erbitterung über den Gewaltakt der Regierung nicht nur die sozialistisch orientierten Kreise der Arbeitererschaft erschalt

hat, sondern daß auch die in der Partei des Herrn Mgr. Stramel und bei den deutschen Christlich-sozialen organisierten Arbeiter offen gegen die Vorlage Stellung nehmen und es konnte schließlich nicht übersehen werden, daß sich alle Fachleute aus dem bürgerlichen Lager gegen den Entwurf in seiner Gänze oder aber gegen grundlegende Teilschnitte mit aller Entschiedenheit lehnen. Und das hat den Herrn Minister Stramel veranlaßt zu reden. Als Beruhigung der Widerspenstigen in den eigenen Reihen und in den Reihen der befreundeten Partei sind Ausführungen vor allem zu hören.

III.

Wir wollen uns nicht nur damit beschäftigen was Herr Minister Stramel im Budgetausschuß ausgeführt hat, wir wollen auch aufzeigen, was der Herr Minister verschwiegen hat.

Die tschechischen sozialistischen Parteien haben bekanntlich gegen die Regierungsparteien, die in der ehemaligen allnationalen Koalition geessen sind, den

den Vorwurf des Wortbruches erhoben.

Von einem Wortbruch will Mgr. Stramel nichts wissen. Er steht auf dem Standpunkte, daß eine Vereinbarung nur so lange Bestand hat, insoweit die Regierungskoalition, innerhalb welcher die Vereinbarung getroffen wurde, beisammen bleibt. Die Vereinbarung, die hinsichtlich der Sozialversicherung getroffen wurde, war keinesfalls über den Bestand der früheren Koalition hinaus gesichert und er wirft die Frage auf: Glaubet ihr wirklich, daß überhaupt die Demokratie mit wechselnden Regierungen und Mehrheiten möglich wäre, wenn derartige Vereinbarungen und Kompromisse für ewige Zeiten bindend wären? Wir wissen ja nicht, welche Vereinbarungen im Schoße der allnationalen Koalition und zwischen der Gesamttheit der seinerzeit in der Koalition vertretenen politischen Parteien oder zwischen einzelnen derselben getroffen wurden und es mag schon sein, daß der Vorwurf, welchen die tschechisch-sozialistischen Parteien gegen das tschechische Bürgertum erheben, vollkommen gerechtfertigt ist. Es war aber zweifellos ein Fehler unserer tschechischen Genossen, den Versprechungen der bürgerlichen Parteien allzu viel Glauben geschenkt und sich aus diesem Umstande heraus zu Konzessionen bereit gefunden zu haben, die sich nun bitter an uns rächen. Im Wesen hat zweifellos der Minister recht. Und die Sozialisten werden nur gut daran tun, sich diese Worte gut zu merken und im gegebenen Falle konsequent darnach zu handeln.

Wir begreifen, daß sich der Herr Minister gegen den schweren Vorwurf des Wortbruches mit aller Entschiedenheit gewehrt hat, wir hätten es aber für viel wichtiger gehalten, wenn der Herr Minister sich mit der Grundfrage beschäftigt hätte, ob die Novellierung der Sozialversicherung im gegebenen Moment unaufschiebbar ist, da er in diesem Zusammenhange auch die mehrfach aufgeworfene Frage hätte beantworten müssen, warum in anderen Staaten, trotz der bei der praktischen Durchführung gleich zu Beginn der Wirksamkeit festgestellten Mängel, die Novellierung erst nach zehn Jahren und mehr in Angriff genommen wurde. In der Geschichte der Sozialversicherung haben wir nur einmal eine vorzeitige Novellierung festgestellt können, und zwar bei der Pensionsversicherung der Privat-

Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabrizieren oder Tuche oder auf der Börse spielen. Aber daß man um schänden Gewinn zu willen alle Brunnen des Volkgeistes vergiftet und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenzet — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann!... Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!

Dalton Sie fest, mit glühender Seele fest an dem Lozungswort, das ich Ihnen zuschleudere: Haß und Verachtung Tod und Untergang der heutigen Presse! Es ist das eine kühne Lozung, ausgegeben von einem Mann gegen das tausendarmige Institut der Zeitungen, mit welchem schon Könige vergeblich kämpften! Aber so wahr Sie leidenschaftlich und gierig an meinen Lippen hängen, und so wahr meine Seele in reiner Begeisterung erzittert, indem sie in die Jhrige überströmt, so wahr durchdringt mich die Gewißheit: der Augenblick wird kommen, wo wir den Blick werfen, der diese Presse in ewige Nacht begräbt!

Wer diese wichtigen Worte gesprochen hat? Kein anderer als Ferdinand Lassalle in seiner berühmten Rede: Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. — Es war eine seiner letzten öffentlichen Reden überhaupt, gehalten im September 1863 im Rheinland, in Solingen, Vornen und Düsseldorf. Sie trug ihm ein Jahr Gefängnis ein.

Aber die Wahrheit dieser Worte konnte damit nicht erschlagen werden.

Was zu Lassalles Zeiten fehlte, ist heute da: eine sozialistische Presse geschaffen in jahrzehntelangen, zähen, schwerem Ringen von der Arbeiterklasse aus eigener Kraft mit dem Presskapital der bürgerlichen Klasse. In bewußtem Gegensatz zu der bürgerlichen Presse und ihren Methoden ist sie geworden. Nun steht sie da, ein mächtiges Schwert in der Hand des von Freiheit und Selbsthaltung kämpfenden Proletariats.

Aber die sozialdemokratische Presse muß wachsen, sich weiten, das Feld beherrschen, um ihre historische Mission zu erfüllen!

Darum heran alle — im Namen Lassalles — rechtfertigt sein Vertrauen in das „selbständige und eigene Denken des Arbeiterstandes“.

„Eines müssen Sie ohne Unterlass festhalten, ohne Unterlass verbreiten: Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die bürgerliche Presse ist in dem Entwicklungsstadium auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unfähigkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit. Täglich Lügen, Lügen in reinen Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil entstellend — das waren die Waffen, mit denen man uns bekämpfte...“

„Einst war sie wirklich der Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Bildner, Lehrer und geistige Erzieher des großen Publikums. Sie tritt für Ideen und sucht zu diesen die große Masse emporzuheben. Allmählich aber begann die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen. Von Stund an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapitalhungrigen Verleger. Von Stund an handelte es sich also nicht mehr darum, für eine große Idee zu streiten und zu ihr langsam und allmählich das große Publikum hinaufzuheben, sondern umgekehrt, solchen Meinungen zu huldigen, welche, wie sie auch immer beschaffen sein mochten, der größten Anzahl von Zeitungskäufern (Abonnenten) genehm sind. Von Stund an also wurden die Zeitungen, immer unter Beibehaltung des Scheines, Vorkämpfer für geistige Interessen zu sein, aus Bildnern und Lehrern des Volkes zu schändlichen Aufwärtlern der geldbesitzenden und also abonnierenden Bourgeoisie und ihres Geschmades.“

Von Stund an wurden also die Zeitungen nicht nur zu einem ganz gemeinen, ordinären Geldgeschäfte, wie jedes andere auch, sondern zu einem viel schlimmeren, zu einem durch und durch heuchlerischen Geschäft, das unter dem Scheine des Kampfes für große Ideen und für das Wohl des Volkes betrieben wird.“

Habt ihr einen Begriff von der zerstörenden Wirkung, die diese täglich fortgesetzte Heuchelei, dieses Pfaffenstüm des 19. Jahrhunderts, allmählich auf Verleger und Zeitungsschreiber hervorbringen mußte?...

Fort mit den bürgerlichen Blättern! In eure Hand, in euer Haus nur die Arbeiterblätter Abonniert noch heute!

angestellten. Diese Novellierung wurde aber noch vor der Wirksamkeit des Gesetzes durchgeführt. Dabei muß neuerlich darauf verwiesen werden, daß Herr Mgr. Stramel den Novellierungsentwurf fertiggestellt hat, ohne daß er es für notwendig befunden hätte, die J. S. V. A. um ihr Votum anzugehen. Die Ausarbeitung des Entwurfes ist also ohne die geringste sachliche Vorarbeit erfolgt. Bekanntlich war das Ministerium für soziale Fürsorge schon bei der Ausarbeitung des ursprünglichen Entwurfes nicht hindernd mit sachlich qualifizierten Beamten ausgestattet, war doch das Ministerium, entgegen anderen Ministerien, deren Grundstock die alten, bewährten, sachlich eingearbeiteten Beamten des alten Oesterreich gestellt haben, zum Großteil auf neue Beamte angewiesen. Dazu kam noch, daß bei der Aktivierung der J. S. V. A. ein Teil der Beamten des Ministeriums für soziale Fürsorge übernommen wurde. Wollte der Herr Minister eine Vorlage ausarbeiten, gegen die wenigstens nicht der Vorwurf der Oberflächlichkeit, der Unüberlegtheit erhoben werden konnte, dann müßte er die J. S. V. A. zur Mitarbeit heranziehen.

IV.

Der Herr Minister behauptet, daß die Novelle nicht aus politischem Uebermut, sondern aus rein sachlichen Gründen geboren wurde. Zur Begründung seines Standpunktes führt er folgende Episode an: „Es war ein erster, seriöser Kleinlandwirt, der mir in Vertretung der Gärtler erklärt hat, daß es wirklich unerlässlich ist, daß sie an Versicherungsbeträgen mehr entrichten müssen, als die gesamte Steuerbefreiung beträgt.“ Wir sind die letzten, die auf dem Standpunkt stehen würden, daß die Stimme des einzelnen nicht beachtet werden sollte. Ist es aber nicht bezeichnend für unsern Minister für soziale Fürsorge, daß eine derartige einzelne Stimme für ihn bestimmend ist, ein derart großes Werk, wie es die Sozialversicherung ist, grundlegend zu ändern, wobei beachtet werden muß, daß sich der Herr Minister gar nicht die Mühe genommen hat, diese Behauptung des einzelnen, und mag sie von einem noch so seriösen und ernstem Menschen stammen, dahin zu überprüfen, ob sie auch allgemeine Anwendung finden kann. Und stehen den Stimmen der einzelnen nicht Stimmen von Hunderten und Tausenden entgegen, die den erhobenen Einwand nicht gelten lassen wollen, die auf dem Standpunkt stehen, daß gerade für die sozial Bedürftigsten, für die wirtschaftlich Schwachen das Sozialversicherungsrecht in erster Linie vorzuführen hat. Der Herr Minister erzählt von Revolotten, die wegen der Entrichtungen der drückenden Prämien in den kleinen Gemeinden ausgebrochen sind, ohne daß er auf einen konkreteren Fall hingewiesen hätte und ohne daß er es für notwendig gehalten hätte, sich auch ein wenig mit den wirklich

elementaren Kundgebungen gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung zu beschäftigen. Das Streben der Regierung ist also dahin gerichtet, eine Verbilligung der Versicherung herbeizuführen. Hätte der Minister nicht die Verpflichtung gehabt, den Ausschuß darüber aufzuklären, wie es um die Prämien bei der Alters- und Invaliditätsversicherung und mit den Beiträgen zur Krankenversicherung in den anderen Staaten bestellt ist, und wie es nicht seine Schuldigkeit gewesen, die sogenannten sozialen Lasten der Tschechoslowakei denen anderen Staaten gegenüber zu stellen? Nach der Richtung steht ihm ausführliches Material nicht nur im Motivbericht zu dem Gesetz 3. 221, sondern auch aus dem stenographischen Protokoll der über diesen Gegenstand im Rahmen der sozialen Anstalt abgeführten Diskussion zur Verfügung. Warum der Herr Minister diese Daten nicht benutzt hat? Weil dann sein Argument in nichts zusammengebrochen wäre, weil aus diesen Daten jedem klar geworden wäre, daß die sozialen Lasten in der Tschechoslowakei niedriger sind als in jedem anderen Staate.

Wenn jemand Geld verdienen will, so mag er Cotton fabrizieren oder Tuche oder auf der Börse spielen. Aber daß man um schänden Gewinn zu willen alle Brunnen des Volkgeistes vergiftet und dem Volke den geistigen Tod täglich aus tausend Röhren kredenzet — es ist das höchste Verbrechen, das ich fassen kann!... Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!

Dalton Sie fest, mit glühender Seele fest an dem Lozungswort, das ich Ihnen zuschleudere: Haß und Verachtung Tod und Untergang der heutigen Presse! Es ist das eine kühne Lozung, ausgegeben von einem Mann gegen das tausendarmige Institut der Zeitungen, mit welchem schon Könige vergeblich kämpften! Aber so wahr Sie leidenschaftlich und gierig an meinen Lippen hängen, und so wahr meine Seele in reiner Begeisterung erzittert, indem sie in die Jhrige überströmt, so wahr durchdringt mich die Gewißheit: der Augenblick wird kommen, wo wir den Blick werfen, der diese Presse in ewige Nacht begräbt!

Wer diese wichtigen Worte gesprochen hat? Kein anderer als Ferdinand Lassalle in seiner berühmten Rede: Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. — Es war eine seiner letzten öffentlichen Reden überhaupt, gehalten im September 1863 im Rheinland, in Solingen, Vornen und Düsseldorf. Sie trug ihm ein Jahr Gefängnis ein.

Aber die Wahrheit dieser Worte konnte damit nicht erschlagen werden.

Was zu Lassalles Zeiten fehlte, ist heute da: eine sozialistische Presse geschaffen in jahrzehntelangen, zähen, schwerem Ringen von der Arbeiterklasse aus eigener Kraft mit dem Presskapital der bürgerlichen Klasse. In bewußtem Gegensatz zu der bürgerlichen Presse und ihren Methoden ist sie geworden. Nun steht sie da, ein mächtiges Schwert in der Hand des von Freiheit und Selbsthaltung kämpfenden Proletariats.

Aber die sozialdemokratische Presse muß wachsen, sich weiten, das Feld beherrschen, um ihre historische Mission zu erfüllen!

Darum heran alle — im Namen Lassalles — rechtfertigt sein Vertrauen in das „selbständige und eigene Denken des Arbeiterstandes“.

„Eines müssen Sie ohne Unterlass festhalten, ohne Unterlass verbreiten: Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die bürgerliche Presse ist in dem Entwicklungsstadium auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unfähigkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit. Täglich Lügen, Lügen in reinen Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil entstellend — das waren die Waffen, mit denen man uns bekämpfte...“

„Einst war sie wirklich der Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Bildner, Lehrer und geistige Erzieher des großen Publikums. Sie tritt für Ideen und sucht zu diesen die große Masse emporzuheben. Allmählich aber begann die Gewohnheit der bezahlten Anzeigen. Von Stund an wurde eine Zeitung eine äußerst lukrative Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapitalhungrigen Verleger. Von Stund an handelte es sich also nicht mehr darum, für eine große Idee zu streiten und zu ihr langsam und allmählich das große Publikum hinaufzuheben, sondern umgekehrt, solchen Meinungen zu huldigen, welche, wie sie auch immer beschaffen sein mochten, der größten Anzahl von Zeitungskäufern (Abonnenten) genehm sind. Von Stund an also wurden die Zeitungen, immer unter Beibehaltung des Scheines, Vorkämpfer für geistige Interessen zu sein, aus Bildnern und Lehrern des Volkes zu schändlichen Aufwärtlern der geldbesitzenden und also abonnierenden Bourgeoisie und ihres Geschmades.“

Von Stund an wurden also die Zeitungen nicht nur zu einem ganz gemeinen, ordinären Geldgeschäfte, wie jedes andere auch, sondern zu einem viel schlimmeren, zu einem durch und durch heuchlerischen Geschäft, das unter dem Scheine des Kampfes für große Ideen und für das Wohl des Volkes betrieben wird.“

angestellten. Diese Novellierung wurde aber noch vor der Wirksamkeit des Gesetzes durchgeführt. Dabei muß neuerlich darauf verwiesen werden, daß Herr Mgr. Stramel den Novellierungsentwurf fertiggestellt hat, ohne daß er es für notwendig befunden hätte, die J. S. V. A. um ihr Votum anzugehen. Die Ausarbeitung des Entwurfes ist also ohne die geringste sachliche Vorarbeit erfolgt. Bekanntlich war das Ministerium für soziale Fürsorge schon bei der Ausarbeitung des ursprünglichen Entwurfes nicht hindernd mit sachlich qualifizierten Beamten ausgestattet, war doch das Ministerium, entgegen anderen Ministerien, deren Grundstock die alten, bewährten, sachlich eingearbeiteten Beamten des alten Oesterreich gestellt haben, zum Großteil auf neue Beamte angewiesen. Dazu kam noch, daß bei der Aktivierung der J. S. V. A. ein Teil der Beamten des Ministeriums für soziale Fürsorge übernommen wurde. Wollte der Herr Minister eine Vorlage ausarbeiten, gegen die wenigstens nicht der Vorwurf der Oberflächlichkeit, der Unüberlegtheit erhoben werden konnte, dann müßte er die J. S. V. A. zur Mitarbeit heranziehen.

Rundfunk für Alle! Programm für heute Dienstag:

- 8.00: 1. Teil: Schallplattenkonzert. 11.30: Landwirtsschau. 12.15: National. 12.30: 1. Teil: Schallplattenkonzert. 13.00: Rundfunk für Handwerker, Handel und Gewerbe. 13.30: 2. Teil: Schallplattenkonzert. 14.15: 2. Teil: Schallplattenkonzert. 14.30: 3. Teil: Schallplattenkonzert. 15.00: 4. Teil: Schallplattenkonzert. 15.30: 5. Teil: Schallplattenkonzert. 16.00: 6. Teil: Schallplattenkonzert. 16.30: 7. Teil: Schallplattenkonzert. 17.00: 8. Teil: Schallplattenkonzert. 17.30: 9. Teil: Schallplattenkonzert. 18.00: 10. Teil: Schallplattenkonzert. 18.30: 11. Teil: Schallplattenkonzert. 19.00: 12. Teil: Schallplattenkonzert. 19.30: 13. Teil: Schallplattenkonzert. 20.00: 14. Teil: Schallplattenkonzert. 20.30: 15. Teil: Schallplattenkonzert. 21.00: 16. Teil: Schallplattenkonzert. 21.30: 17. Teil: Schallplattenkonzert. 22.00: 18. Teil: Schallplattenkonzert. 22.30: 19. Teil: Schallplattenkonzert. 23.00: 20. Teil: Schallplattenkonzert.

Der Textilarbeiterstreik beigelegt?

Eine halbamtliche Meldung.
Das Tschechoslowakische Preßbüro meldet aus **Warnsdorf, 21. November:**
„In der Antwort, die heute nachmittags von den Gewerkschaften der Textilarbeiter auf die letzten Vorschläge der Industriellen erteilt wurde, erklären sich die Gewerkschaften mit diesen Vorschlägen, die eine weitere Erhöhung der bereits zugesagten Teuerungszulagen enthalten, einverstanden. Damit ist der Lohnkonflikt in der nordböhmischen Textilindustrie, von dem 60.000 Arbeiter betroffen waren, beigelegt. Im bestreikten Friaubler Gebiet wird die Arbeit Dienstag wieder aufgenommen.“

Gemeindevahlen vom Sonntag.

Leitmeritz, 20. November. Ergebnisse der heutigen Gemeindevahlen: Die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen betrug 8833 (Zahl der Mandate 36). Die tsch. Nationalen erhielten 296 Stimmen (1 Mandat), die tsch. Nationalsozialisten 704 Stimmen (3 Mandate), tsch. Soz. Dem. 440 Stimmen (2 Mandate), deutsche Sozialdemokraten 441 Stimmen (2 Mandate), Kommunisten 873 (3), deutsche Nationalsozialisten 501 (2), Gewerkschaften 289 Stimmen (1 Mandat), deutsche jüdische Partei 263 Stimmen (1 Mandat), Nationaldemokraten 253 Stimmen (1 Mandat), deutsche demokratische Freiheitspartei 148 Stimmen (0 Mandate), die Christlichsozialen 1340 Stimmen (6 Mandate), deutsche Nationalpartei 2467 Stimmen (11 Mandate), Wirtschaftspartei 818 Stimmen (3 Mandate).

Unsere Partei gewinnt ein Mandat, die Nationalsozialisten verlieren eines. Einen großen Gewinn verzeichnet die deutsche Nationalpartei, die den größten Teil der früher auf die gemeinsame deutschbürgerliche Liste entfallenden Mandate gewann. Der Gewinn der Deutschbürgerlichen geht auf Kosten der Tschechen, die zwei Mandate verlieren (Soldatenstimmen). Die Christlichsozialen erleiden eine schwere Niederlage. Seit 1925 verlieren sie rund 600 Stimmen und das in der Bischofsstadt Leitmeritz!

Gablonz a. N., 20. November. Ergebnis der heutigen Gemeindevahlen: Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt 19.456, die Zahl der Mandate 42. Es erhielten: Die deutschen Nationalsozialisten 4351 (9), deutschen Sozialdemokraten 859 (1), Kommunisten 2598 (6), die vereinigten tschechischen bürgerlichen Parteien 960 (2), deutsche Christlichsoziale Partei 1759 (4), deutsche Nationalpartei 6049 (12), deutsche Gewerkschaften 1170 (2), Vereinigte tsch. Soz. und Soz. Dem. 1144 (3), deutsche Freiheitspartei 563 (1).

Preßburg, 21. November. Bei den gestrigen Gemeindevahlen in Komorn wurden insgesamt 7663 gültige Stimmen abgegeben. Wahlzahl 208. Gesamtzahl der Mandate 36. Es erhielten: 1. Die Kandidatenliste der sozialistischen Arbeiterpartei der Stadt Komorn 1110 Stimmen (5 Mandate), 2. die jüdische Partei 601 Stimme (3), 3. die kommunistische Partei 1906 Stimmen (10), 4. tsch. nationalsozialistische Partei 260 Stimmen (1), 5. die vereingete Liste der tsch. Sozialdemokraten, der nationalen Arbeiterpartei und der Legionäre 439 Stimmen (2), 6. die Liste der vereinigten ungarischen Parteien (Christlichsoziale und ungarische Nationalpartei) 2515 Stimmen (12), 7. die Kriegsinvaliden 336 Stimmen (1), 8. die ungarische städtische Partei (Disidenten der ungarischen Nationalpartei) 136 Stimmen (0), 9. die vereinigten Listen der slowakischen Volkspartei (Hlinka-Partei), der Agrar- und der nationaldemokratischen Partei (vereinigte bürgerliche Parteien) 275 Stimmen (2 Mandate).

- Zawentz** 1924, 15; Olfert, 17; Oederkorfsonner, 18.15; Rindorfsonner, 19; Zanzow, 20.15; Ruppen von Pich, 20.45; Glangsdorf, 21; Sert, 22.30; Langmuß, 23.00.
- Wien**, 5.17, 11; Sonntag, 12.15; Sonntag, 13.15; Sonntag, 14.15; Sonntag, 15.15; Sonntag, 16.15; Sonntag, 17.15; Sonntag, 18.15; Sonntag, 19.15; Sonntag, 20.15; Sonntag, 21.15; Sonntag, 22.15; Sonntag, 23.15.
- Deutschland.**
- Königsbrunn**, 12.50, 12; Franziska, 16; Franziska, 17; Franziska, 18; Franziska, 19; Franziska, 20; Franziska, 21; Franziska, 22; Franziska, 23; Franziska, 24; Franziska, 25; Franziska, 26; Franziska, 27; Franziska, 28; Franziska, 29; Franziska, 30; Franziska, 31; Franziska, 32; Franziska, 33; Franziska, 34; Franziska, 35; Franziska, 36; Franziska, 37; Franziska, 38; Franziska, 39; Franziska, 40; Franziska, 41; Franziska, 42; Franziska, 43; Franziska, 44; Franziska, 45; Franziska, 46; Franziska, 47; Franziska, 48; Franziska, 49; Franziska, 50; Franziska, 51; Franziska, 52; Franziska, 53; Franziska, 54; Franziska, 55; Franziska, 56; Franziska, 57; Franziska, 58; Franziska, 59; Franziska, 60; Franziska, 61; Franziska, 62; Franziska, 63; Franziska, 64; Franziska, 65; Franziska, 66; Franziska, 67; Franziska, 68; Franziska, 69; Franziska, 70; Franziska, 71; Franziska, 72; Franziska, 73; Franziska, 74; Franziska, 75; Franziska, 76; Franziska, 77; Franziska, 78; Franziska, 79; Franziska, 80; Franziska, 81; Franziska, 82; Franziska, 83; Franziska, 84; Franziska, 85; Franziska, 86; Franziska, 87; Franziska, 88; Franziska, 89; Franziska, 90; Franziska, 91; Franziska, 92; Franziska, 93; Franziska, 94; Franziska, 95; Franziska, 96; Franziska, 97; Franziska, 98; Franziska, 99; Franziska, 100.

Venes kontra Matousek.

Außenminister Dr. Venes kritisierte in seinem Schlusswort im Budgetauschuss in ungewöhnlich scharfer Form das vorjährige Referat des Nationaldemokraten Dr. Matousek über das Außenministerium. Während der Minister dem heurigen Referenten Dr. Joch den Dank aussprach, bedauerte er, daß er im Vorjahre der Verhandlung seines Referats nicht habe beizuhelfen können, als der Referent (Matousek), offenbar um der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, das Budget des Außenministeriums in einer Weise kritisierte, die der Minister mit größter Entschiedenheit abwehren müsse. Die Vorwürfe des Berichterstatters hätten sich auf unrichtige und tendenziöse Informationen gestützt. Der Minister wolle aber den Ausfluß mit der Werdung dieser Anwürfe nicht aufhalten.

Daß Venes nach einem Jahre diese Differenzen aufwärmt, dürfte mit dem Widerstand zusammenhängen, den die „Burg“ der Kandidatur Matouseks auf das Handelsministerium entgegensetzt. Es ist demnach ziemlich fraglich, ob Venes zusammen mit Matousek im Kabinett bleiben würde; ebenso fraglich ist allerdings, wer in dem Konflikt schließlich den Sieg davontragen wird.

Tages-Neuigkeiten.

Brände.

Düsseldorf, 21. November. Gestern abends entstand in einer Scheune in Lohausen bei Rastatt, in der mehrere Obdachlose übernachteten, ein Brand, der schnell um sich griff. Von den Insassen der Scheune konnten sich einige retten. Einer der Obdachlosen konnte jedoch nur als verkohlte Leiche und drei andere, darunter eine Frau, in schwer verletztem Zustande geborgen werden.

Neu-Stettin, 20. November. Heute früh 6 Uhr entstand in dem Schlosse des Rittergutes Marienwalde im Kreise Neu-Stettin ein Brand, der trotz energischer Bekämpfung den ganzen Tag über anhält. Das Schloß war ein osterrömischer drei Stock hoher Bau, der bis auf die Umfassungsmauern zerstört wurde. Viele wertvolle Einrichtungsgegenstände sind dem Brande zum Opfer gefallen.

Buenos Aires, 21. November. In den Anlagen der Westindian Oil Company brach ein Brand aus, durch den fünf mit Petroleum gefüllte Eisenbahnwagen zerstört wurden. Durch die Explosion eines Waggons wurden mehrere Personen verletzt. Der Feuerwehrt gelang es, ein Uebergreifen der Flammen auf das Hauptreservoir, das mehrere 100.000 Liter Petroleum enthält, zu vermeiden, und so eine Katastrophe größten Umfanges zu verhindern.

Pandthypus in Tepl. Die Abteilung für Gesundheitswesen der Politischen Landesverwaltung in Prag teilt mit, daß die Gesamtzahl der in Tepl an Pandthypus erkrankten Personen seit Auftreten der Epidemie 89 beträgt. Hieron befinden sich 17 Kranke im Hospital in Tepl und 26 in den benachbarten allgemeinen Krankenhäusern, so weit dort Isolierabteilungen bestehen, und zwar in Plan Tschau, Karlsbad, Falkenau, Gaer und Bilken. Der Transport und die Desinfektion der Kranken wurde von der staatlichen Amtskolonne unter der Aufsicht des Epidemie- und Amisars durchgeführt. In der Umgebung der Kranken wird mit gutem Erfolge Enterovaccina Besreidel verabreicht. In den letzten zwölf Tagen hat sich kein neuer Krankheitsfall ereignet. Was den Ursprung der Krankheit anbelangt, so handelt es sich nicht um die Ansteckung durch Genuß rohen Obstes, sondern um Mängel der städtischen Wasserleitung, deren Beseitigung angeordnet wurde.

Politischer Mord. In der Nacht auf Sonntag wurde der ukrainische Hochschüler Sul in seiner Wohnung in Lemberg von zwei in die Wohnung eingedrungenen unbekanntem Männern mit einigen Revolvergeschüssen ermordet. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen politischen Mord handelt, der von Mitgliedern einer geheimen ukrainischen Militärorganisation verübt wurde.

Fliegertod. In Vaska (Krab Stan am Tigris) stürzte ein englisches Militärflugzeug ab, das vollständig in Flammen aufging. Zwei britische Militärpiloten kamen ums Leben.

Autokatastrophen. Auf der Reichsstraße zwischen Brünn und Olmütz ist Sonntag nachmittags der Brünner Stadtkaufmann Franz Kalivoda mit seinem Auto dadurch verunglückt, daß der Wagen ins Schleudern kam, über die Straßendämmung fuhr und sich überdies Kalivoda wurde etwa fünfzehn Meter weit weggeschleudert und lebensgefährlich verletzt. Seine Gattin und deren Schwager erlitten gleichfalls schwere Verletzungen. — Sonntag abends stießen in Prag-Moravianen zwei Personennautos zusammen. Der eine Chauffeur, Wenzel Kusa, erlitt bei dem Zusammenstoß so schwere innere Verletzungen und Verletzungen am Kopfe, daß er ihnen in der Nacht auf heute im Krankenhaus erlag. Die übrigen Insassen der Autos wurden leicht verletzt. Der Fahrer des anderen Wagens, Josef Ramek aus Smichov, wurde verhaftet, der Führerschein wurde ihm konfisziert; das Strafverfahren ist bereits eingeleitet.

Warnung vor einem Schwindler. Ein gewisser Friedrich Zouzel bereist Mähren und Schlesien, dürfte wahrscheinlich auch dann auf Böhmen übergehen und sammelt Gelder für deutsche Kriegsgeschädigtenfürsorgezwecke, und zwar für eine angebliche Vereinigung, welche in Prag XII.

Die Grundlagen der Sozialversicherung bedroht!

Bernichtendes Urteil eines Fachmannes über die Regierungsvorlage zur Sozialversicherung.

In den Kreisen der Versicherungsfachleute wird die Ueberzeugung immer allgemeiner, daß die Regierungsvorlage, welche die Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes bezweckt,

die Grundlagen der Sozialversicherung überhaupt bedroht.

Diese Ansicht spricht auch einer der Schöpfer dieses Gesetzes, Professor Dr. Schönbaum, in einem Artikel der Zeitschrift „Hospodárska Politika“ aus. Schönbaum erklärt, daß die Regierungsvorlage, sollte sie Gesetz werden, in der kürzesten Zeit abermals wird novelliert werden müssen. Bei der Ueberreichung des Antrages handelte es sich nicht um die Verbesserung des Gesetzes, sondern um die Verbilligung und dieses Ziel wird in der Tat im reichen Maße erreicht. Der Motivenbericht schätzt die Vorzahlung der Prämie für die Invaliden- und Altersversicherung nach der Novellierung auf Ks 521.09, es wird aber nicht angegeben, wie man zu dieser Summe gelangt. Schönbaum führt an, daß als Grundlage der Berechnung wahrscheinlich die Zahl der Versicherten nach dem alten Motivenbericht genommen wurde, ohne Rücksicht darauf, daß sehr zahlreiche Gruppen nunmehr ausgeschlossen werden und ohne Rücksicht darauf, daß die Bewertung der Naturalbezüge verändert wurde. Auch der Rückgang der Prämien in den niedrigeren Klassen wurde wahrscheinlich unterschätzt, wenn er überhaupt in Erwägung gezogen wurde.

Welches die tatsächlichen Einnahmen der Zentralsozialversicherungsanstalt nach der Novellierung sein werden, bemüht sich der Motivenbericht gar nicht nachzuweisen,

es hat also die Angabe von der Herabsetzung der Prämien keinen großen Wert. Damit der Regierungsantrag als ernste legislatorische Tat angesehen werden kann, müßte der Motivenbericht unbedingt ergänzt werden. Man müßte die ganze „Verbilligung“, die der Regierungsantrag bringt, einer genauen Prüfung unterwerfen, denn dadurch werden

die Grundlagen des Gesetzes geändert und die Sicherheit seiner Fundamente verringert.

Die Durchführung der Sozialversicherung wird bedroht.

Weiters befaßt sich Dr. Schönbaum sehr eingehend mit der

Erhöhung des Zinsfußes auf 4,50 Prozent

und weist durch reiche Belege über die Entwicklung des Zinsfußes der Versicherungsanstalten im Ausland nach, daß die Verzinsung niemals 4,50 Prozent erreicht hat, wie das im Regierungsentwurf angenommen wird, sondern vielfach nicht einmal die Höhe von 4 Prozent erreicht hat. Der Regierungsantrag führt als Begründung des Zinsfußes von 4,50 Prozent eine Statistik des Statistisches der österreichisch-ungarischen Bank an, der den Esompte von Wechseln betrifft, die fränklers innerhalb von drei Monaten zu zahlen sind, während die Zentralsozialversicherungsanstalt ihr Vermögen dauernd auf ganze Jahrzehnte anlegen wird. Die privaten Versicherungsanstalten erzielen eine höhere Verzinsung, aber nur deswegen, weil ihnen das Versicherungsregulativ Möglichkeiten gibt, die den Sozialversicherungsanstalten gänzlich unmöglich sind. Daß die Festsetzung eines 4,50-prozentigen Prozents unter Zustimmung von Fachleuten erfolgt ist, ist eine Unwahrheit, denn sowohl Professor Dr. Schönbaum als auch

Chorvatka, ihren Sitz hat. Der Bund der Kriegsgeschädigten, mit dem Siege in Reichenberg, als Vertretungsstelle der deutschen Kriegsgeschädigten, gibt bekannt, daß er mit dieser Zammelangelei nichts zu tun hat und daher auch die gesammelten Gelder für Kriegsgewunden für deutsche Kriegsgeschädigten nicht zugestimmt werden. Die Verfassung auf die deutschen Kriegsgeschädigten ist daher ein Schwindel.

Ein Todesopfer der geheimen Spiritusfabrik.

Das „Achtstagesblatt“ meldet: Nach Aufhebung der geheimen Spiritusbrennerei in Rimburg wurden deren Räumlichkeiten behördlich gesperrt und versiegelt, wobei ungefähr 16 Hektoliter Spiritus in dem Keller verblieben sind. Da ein längeres Lagern dieser Spiritusmenge in dem unterirdischen Keller gefährlich werden könnte, hat die Behörde durch Vermittlung der Spiritusverwertungsgesellschaft den Spiritus der Rimburger Kellerräume Wantoch zugeweiht. Freitag wurden in Anwesenheit von Finanzbeamten die Siegel wieder entfernt, um den Spiritus einem Kutscher der Firma Wantoch zu übergeben. Der Kutscher, der sich in den Räumlichkeiten der geheimen Brennerei nicht auskannte, trat auf eine von den verhaselten Erzeugern für eventuelle Uebertragungen seitens der Behörde in raffiniertester Weise angebrachte Falltür und stürzte mehrere Meter tief auf die Steinfliesen des Kellers, wo er mit zerstückelter Schädeldecke liegen blieb. Er wurde in bewußtlosem Zustand in das Krankenhaus gebracht, starb aber bald darauf.

Wenn der Mieterschutz fällt.

Im Wohnungsausschuß des deutschen Reichstages wurde am Donnerstag der Abschluß des Mieterschutzgesetzes beraten, der die Beendigung von Mietsverhältnissen durch Kündigung oder Zeitablauf behandelt. Im Laufe der Aussprache erklärte Abg. Silberschmid (Soz.), die Mieter ständen schon jetzt unter dem Terror

Dr. Potowetz haben sich in der Kommission dagegen ausgesprochen. Der Uebergang zum höheren Zinsfuß würde nicht nur in Zukunft eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen, sondern auch die Erhöhung des Vermögens für die Vergänglichkeit, gegebenenfalls um Millarden oder eine Erhöhung der Beiträge um das Doppelte. Professor Schönbaum verweist auf das Gutachten, welches er dem Minister für soziale Fürsorge vorgelegt habe, um ihn zu warnen und in welchem er die Verzinsung deutscher, französischer und englischer Lebensversicherungsanstalten in den Jahren 1896 bis 1910 zusammengestellt habe. Der Regierungsantrag begründet den höheren Zinsfuß mit einem Zitat aus Engels Volkswirtschaftslehre, der es aber gerade als das Verdienst seiner Finanzpolitik ansieht, daß sie die Herabsetzung des Zinsfußes gebracht habe. In den letzten Jahren ist es tatsächlich zu einem intensiven Sinken des Zinsfußes gekommen, welcher bei Anlagenspapieren mehr als 2 Prozent beträgt. Die Wahl eines höheren Zinsfußes in der Sozialversicherung bedeutet

eine Gefährdung der Sicherheit des ungeheuren Baues unserer Sozialversicherung.

Der Zusammenbruch der Sozialversicherung würde nicht nur die Versicherten mit sich ziehen. In dieser Angelegenheit sollen nicht Fachmänner, sondern Laien und Laien Volkswirtschaftler und Finanzpolitiker einschreiten, aber in erster Linie Staatsmänner, auf deren Kopf die Verantwortung für die Entscheidung fällt.

Der Zusammenbruch der Sozialversicherung würde nicht nur die Versicherten mit sich ziehen.

„In dieser Angelegenheit sollen nicht Fachmänner, sondern Laien und Laien Volkswirtschaftler und Finanzpolitiker einschreiten, aber in erster Linie Staatsmänner, auf deren Kopf die Verantwortung für die Entscheidung fällt.“

Den Worten Professor Schönbaums, die nicht nur für die Regierungsvorlage, sondern für die Politik des Bürgerblocks überhaupt wahrhaft vernichtend sind, braucht nichts weiter hinzugefügt werden. Nicht um die Sozialversicherungsvorlage zu verbessern, sondern um die Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung zu untergraben haben die an der Regierung befindlichen reaktionären Parteien die Vorlage im Parlament eingebracht.

Auch die Handelskammern gegen die Regierungsvorlage.

Der sozialpolitische Ausschuß der Handelskammernzentrale hat dieser Tage in Prag eine Sitzung abgehalten, wobei der Sprecher der Reichsberger Handelskammer Dr. Schmidt erklärte, daß die Regierungsvorlage zum Sozialversicherungsgesetz die Sozialversicherung verschlechtere, insbesondere dadurch, daß aus der Sozialversicherung die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgeschlossen werden, daß die Definition des Wortes Saisonarbeiter in gefährlicher Weise verbreitert wird und daß den Agrariern auf Kosten der Industrie und des Gewerbes große Erleichterungen gewährt werden. In dem offiziellen Bericht über die Sitzung wird gesagt, daß die Ausführungen des Dr. Schmidt zustimmend aufgenommen wurden und daß der Regierungsvorlage die Zustimmung verweigert wird, nicht nur soweit es sich um den Ausschluß der Saisonarbeiter aus der Alters- und Invaliditätsversicherung handelt, sondern auch im Hinblick auf die Bestimmungen, gemäß welcher die Regierung nach Willkür über die Anlage des Vermögens der Zentralsozialversicherungsanstalt eventuell der Krankenkassen entscheiden kann.

Der sozialpolitische Ausschuß der Handelskammernzentrale hat dieser Tage in Prag eine Sitzung abgehalten, wobei der Sprecher der Reichsberger Handelskammer Dr. Schmidt erklärte,

daß die Regierungsvorlage zum Sozialversicherungsgesetz die Sozialversicherung verschlechtere, insbesondere dadurch, daß aus der Sozialversicherung die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgeschlossen werden, daß die Definition des Wortes Saisonarbeiter in gefährlicher Weise verbreitert wird und daß den Agrariern auf Kosten der Industrie und des Gewerbes große Erleichterungen gewährt werden. In dem offiziellen Bericht über die Sitzung wird gesagt, daß die Ausführungen des Dr. Schmidt zustimmend aufgenommen wurden und daß der Regierungsvorlage die Zustimmung verweigert wird, nicht nur soweit es sich um den Ausschluß der Saisonarbeiter aus der Alters- und Invaliditätsversicherung handelt, sondern auch im Hinblick auf die Bestimmungen, gemäß welcher die Regierung nach Willkür über die Anlage des Vermögens der Zentralsozialversicherungsanstalt eventuell der Krankenkassen entscheiden kann.

des Vermieters, namentlich die Mieter von Geschäftsräumen, die nicht nur um 10 oder 20 Prozent, sondern vielfach um hunderte von Prozenten gesteigert wurden.

Diese Praxis habe die mittleren Existenzen vielfach ruiniert und deshalb stünden z. B. in Berlin 2000 Läden leer. Derartige Auswüchse sprächen dafür, daß man in absehbarer Zeit etwa in zwei Jahren, zu einem neuen Miet- und Wohnrecht kommen müsse, das den neuen Verhältnissen Rechnung trägt und scharf unterscheidet zwischen Eigentumsrecht an beweglichen und unbeweglichen Sachen. Den weiteren Abbau und die weitere Loderung des Mieterschutzes müsse jeder ablehnen, der es mit der Zukunft unseres Volkes ernst nehme.

Wieder ein Autounfall bei Brünn.

Sonntag fuhr der Brünner Baumeister Franz Kalivoda mit seinem Auto von Brünn auf die Dmüßer Straße. Bei Neu-Rauhnitz geriet das Auto ins Schleudern und überfuhr sich. Die drei Passagiere, Kalivoda und seine Frau Sophie, sowie seine Schwägerin Olga Daler erlitten sehr schwere Verletzungen und mußten vom Rettungsdienst nach Brünn ins Spital gebracht werden.

Radfahrersturz.

Der Haushaltungsausschuß der Berliner Stadtverordneten hat beschlossen, den Kindern der Arbeitslosen eine Winterbeihilfe zu gewähren. Es kommen rund 150.000 Kinder in Betracht. Die ausgedorfene Summe beträgt eineinhalb Millionen Mark.

Der neueste Zeppelin.

Nach einer Meldung der „Bösischen Zeitung“ dürfte das in Friedrichshafen im Bau befindliche Reppelinschiff, in dem fünf Motoren mit je 500 PS eingebaut werden, bis Mai n. J. fahrbereit sein. Nach den Verkaufszahlen ist für den Sommer eine Transoceanfahrt vom Bodensee nach Nordamerika und zurück geplant. Der erste Flug nach Südamerika zur Vorbereitung des geplanten

Der Arch in den Komintern.

Tropfi am Grabe Joffes.

Die Leiche Joffes wurde auf dem Friedhof des Klosters Nowodewitsch beigesetzt. Die Grabrede hielt namens des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetregierung des Rates der Volkskommissar der Sowjetunion und des Außenkommissariats Tschitscherin, namens des Rates der Volkskommissar Innenrukslands Leschawa und namens des Moskauer Komitees der Kommunistischen Partei Rujin. Weitere Grabreden hielten als Freunde des Verstorbenen die Führer der Opposition, Tropki, Sinowjew, Kamenev und Katoroff.

regelmäßigen Transatlantische Luftschiff-Verkehr es Sevilla-Buenos-Aires ist für den Oktober n. J. angefangen. Bis zur Vollenbung der Hallenbauten in Sevilla Rio de Janeiro und Buenos-Aires sollen dort Ankermaße aufgestellt werden. Auf der Friedrichshafener Werft ist eine mehrfache Vergrößerung der alten Luftschiffhalle beabsichtigt.

Schweres Baumglück in Berlin. Bei einem Neubau in der Voßgraber Straße in Berlin ereignete sich am Samstag vormittag ein schweres Baumglück. Während Maurer damit beschäftigt waren, eine Wand zu untermauern, stürzte dieses Mauerwerk plötzlich in einer Ausdehnung von 20 Metern zusammen. Trotz der Warnrufe wurden zwei Maurer durch Steine und die nachstürzenden Erdmassen verbleibet. Die sofort herbeigerufenen Feuerwehre konnte den Maurer Die furth noch lebend bergen, während sein Kollege Krauskopf bereits tot war, als er befreit wurde.

Moderne Seeräuberei auf der Halbinsel Gela.

Bei der Seemitterverhandlung in Danzig über den Untergang des schwedischen Motorseglers „Thyra“ an der polnischen Küste von Gela kamen Dinge zur Sprache, die an mittelalterliche Zustände erinnern. Das Schiff geriet bei schwerem Sturm bei Gela auf Grund und die Besatzung rettete sich ans Land. Nach Ablassen des Sturmes wäre es möglich gewesen, Schiff und Ladung zu retten; doch der polnische Strandvogt auf Gela verbot jede Rettungsaktion mit der Begründung, daß Schiff und Ladung nunmehr ihm gehören. Als die Sturmflut zurückging, brach das Schiff entzwei und ist nun tatsächlich mit seiner Ladung verloren.

Der weibliche Harry Domela.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Waldenburg (Schlesien) hatte sich die Hofstaplerin Ottilie Gerlach aus Berlin wegen zahlreicher Betrügereien zu verantworten. Sie hatte sich mit dem Doktorrich geschmückt und spielte sich im Waldenburger Kreis als Privatdozentin auf, ohne die geringste wissenschaftliche Vorbildung zu besitzen. Ihre Opfer suchte sie fast nur in den sogenannten besten Gesellschaftskreisen, in die sie dadurch Eingang fand, daß sie mit ihren Beziehungen zum Kaiser, dem früheren Herzog von Braunschweig und anderen Fürstlichkeiten prahlte. Die Patienten, die ihr auf den Leib gingen, behandelte sie mit „Radium“, das sie von einer Großtante geerbt haben wollte. Mit diesem „Radium“ ließ sie Rischfort oder Chinoline durchziehen und verabreichte das dann als Radiumpräparate, die im Dunkel eingenommen werden mußten, damit sich das Radium nicht verflüchtete. Sie fand also solchen Anklang bei denen, die nicht alle werden, daß zu Ehren der erlauteten Person aus Berlin Feste veranstaltet und weite Autofahrten mit ihr unternommen wurden. Für die Behandlung selbst nahm sie kein Entgelt, sie ließ sich lediglich die Radium-Medikamente bezahlen, angefaßt des kostbaren Stoffes allerdings reichlich hoch. Vor Gericht redete sich die Schwindlerin darauf hinaus, nur aus Mitleid mit der leidenden Menschheit die Art zu spielen zu haben. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis, wobei der Schwindlerin zugute gehalten wurde, daß ihr die Betrügereien durch die Verjährungsfrist und Urteilslosigkeit ihrer Opfer sehr leicht gemacht worden waren.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

In der Königshütte in Oberschlesien fand der 45 Jahre alte Arbeiter Thomalla einen furchtbaren Verbrennungstod. Als er an stehend ausgewählten Blöden vorüberging, rutschte er ab und fiel ihm auf die Füße. Durch den großen Schmerz verlor er die Besinnung und stürzte kopfüber in die glühende Masse. Erst nach längerer Zeit konnte die vollständig verkohlte Leiche aus den erkalteten Eisenblöcken geborgen werden.

17. Klassenlotterie. 100.000 K: 38.176; 70.000 K: 13.955; 40.000 K: 15.040; je 30.000 K: 49.553; 73.715; 10.000 K: 96.257; je 5000 K: 22.388 46.372; 74.147; 58.457; 58.971; 68.608; 89.047; 91.860 94.767; 7.678; je 2000 K: 9217; 14.641 18.946 19.938; 70.441; 25.016; 27.926; 42.921; 46.277 47.708 51.680; 72.811; 53.274; 61.361; 71.844 77.630; 84.946 88.254; 100.355 110.389; 111.293; 118.681; je 1000 K: 4301; 3016; 6568; 8501; 10.775; 15.493; 20.608; 21.660; 22.972; 23.783; 31.720; 31.849; 32.861; 34.950 35.030; 36.790; 41.194; 41.618; 46.388; 47.504; 47.874; 48.656; 51.118; 52.800; 56.322; 58.920 60.369 62.579; 65.517; 66.652; 68.053; 71.458; 73.288; 73.399 78.539; 79.516; 83.977; 84.617; 85.802; 90.116; 93.185; 94.945; 96.399; 99.292; 102.015; 102.772; 105.526; 106.212; 108.232; 111.530; 114.563; 117.983.

Verkehrsunfall.

Sonntag abends überfuhr in Prag ein Motorwagen der 14er-Linie infolge zu großen Schwunges die Haltestelle an der Ecke Wipflergasse-Niegetal und stieß hierbei den die Fahrbahn überquerenden Oberfinanzrat Dr. Ladislav Hnák, seine Gattin Marie und seine achtjährige Tochter zu Boden. Die Verunglückten wurden in die Klinik Prof. Dr. Jirafel gebracht, wo bei Dr. Quat eine schwere, bei seiner Frau und Tochter nur eine leichte Gehirnerschütterung festgestellt wurde. Der Vorfall wird untersucht.



Im Herbst und Winter

Schneeschuhe und Galoschen von

„WIMPASSING“



Gerichtssaal.

Der Riefenbetrug mit Kriegsanleihen vor dem Prager Strafgerichte.

Prag, 21. November. Heute früh begann vor dem Strafsenate des Landesgerichtes Prag unter dem Vorsitz des OGH. Stadl der zweite Prozess gegen ein Angeklagte, welche den Staat durch schwindelhaft Manipulationen mit wertvoller Kriegsanleihe um Millionen betrogen haben. Die Anklage umfasst mehr als 120 Seiten und wird durch Staatsanwalt Dr. Trost vertreten. Der Prozess dürfte etwa drei Wochen dauern. Wir veröffentlichen im nachstehenden die wichtigsten Teile aus der Anklage.

Angeklagt sind: der 43jährige Franz Groh, zuständig nach Schromb, Kommissionsrat, bereits im ersten Kriegsanleihebetrugsprozess zu einer mehrjährigen Kerkerstrafe verurteilt;

der 43jährige ehemalige Legionär Rudolf Kovál, zuständig nach Prohazit, bereits zu einer mehrjährigen Kerkerstrafe in der Affäre der tschechisch-nationalsozialistischen „Korva“ verurteilt;

der 37jährige Viktor Dostál, eh. Direktor der „Korva“, bereits zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt;

der 47jährige Anton Vaučík, zuständig nach Jaroměř, Direktor der Bezirkskrankenversicherungsanstalt in Jaroměř;

der 53jährige Anton Matuzka, zuständig nach Oederfurt, Beamter der tschechischen Staatsbahnen; der 29jährige Josef Uherel, zuständig nach Mähr. Strau, Schuldirektor;

der 47jährige Jaroslav Salda, zuständig nach Prag, Direktor der „Melantrich“ (Verlagsanstalt der tschechischen Nationalsozialisten);

der 37jährige Josef Kozeluh, Direktor der tschechischen Volksvorschusskasse in Prag;

der 48jährige Anton Solc, zuständig nach Znojmo, Zentralsekretär der tschechischen nationalsozialistischen Partei und Senator in der tschechoslowakischen Nationalversammlung;

der 45jährige Emil Simel, zuständig nach Prag, Ministerialrat im staatlichen Bodendeminie, und schließlich

der 48jährige Břetislav Stadl, zuständig nach Troppau, Professor und Abgeordneter des tschechoslowakischen Parlamentes; und zwar Groh — Kovál — Dostál — Vaučík — Matuzka — Uherel — Salda und Kozeluh wegen des Verbrechens des Betruges; Solc — Simel und Stadl wegen Mitbeteiligung an diesem Verzuge.

Der Prozess ist die Fortsetzung der strafrechtlichen Verfolgung der Verurteilten, welche bei der Subskription der IV. Staatsanleihe gegen Kriegsanleihe begangen wurden, und zwar von Groh zu dem Zwecke, um sich persönlich zu bereichern, an den übrigen, um mit dem so betrügerisch erworbenen Gelde die Funktionäre der nationalsozialistischen Partei, die Genossenschaften, zahlreiche Zeitschriften und diversen Propagandablätter dieser „Arbeiterpartei“, zu finanzieren, da jene Institute sehr stark beliebt waren.

Zuerst befaßt sich die Anklage mit der Zanierung der Volksvorschusskasse in Nachod. Diese Sparkasse wies ein Passivum von einer Million auf. In ihrer überragenden Situation wandte sich die Spar-

kasse an die Partei der tschechischen Nationalsozialisten „um Hilfe“. Die Verhandlungen führten die Angeklagten Solc und Simel. Es nahmen ferner daran teil Herr Jiri Stikbrun und der Finanzberater der Partei und jetzt Angeklagte Kovál. Dieser machte sich zu einer „Revision“ erdichtig und erlegte sofort 60.000 K zur Deckung einer Forderung, dafür mußte ihm die Sparkasse täglich alle Kontostellen zufenden und ihn telefonisch von jedem Schritte informieren. Dadurch gelang es Kovál, in den Vorstand aufgenommen zu werden. Im Juni des Jahres 1923 wurde im Parteisekretariat der Nationalsozialisten eine Sitzung wegen der Zanierung der Sparkasse abgehalten, an welcher sich der Senator Solc, der Ministerialrat Simel, Groh, Vaučík und Kovál beteiligten. In dieser Sitzung machte sich Groh erdichtig, durch Subskription der Staatsanleihe gegen Kriegsanleihe die Zanierung durchzuführen, und auch das notwendige Kapital zu beschaffen. Groh „janitierte“ nun, indem er zuerst 200.000 K erlegte und bei einigen Finanzinstituten Kredite suchte. Das Resultat seiner Zanierung bestand darin, daß im Namen der Volksvorschusskasse in neun Listen bei der böhmischen Industrialbank 13.048.000 K Kriegsanleihe gegen 9.786.150 K Titres der IV. tschechischen Staatsanleihe eingetauscht wurden, ferner bei anderen Instituten, so daß im ganzen im Namen der Vorschusskasse in Nachod um Kronen 29.683.150.— Kriegsanleihe gegen 22.262.302.— K tschechische Titres subskribiert wurden. Festgestellt wurde jedoch, daß die Vorschusskasse in Nachod nicht um einen Heller Kriegsanleihe früher in ihrem Bestande hatte, und daß Groh diese Kriegsanleihe, die er sich in Wien verschaffte, wo sie den Wert von Kleinpapier hatte, um im Namen der Vorschusskasse dann die Titres der tschechischen Staatsanleihe dagegen einzutauschen. Die Funktionäre der Sparkasse sind deshalb mit Recht angeklagt, da sie wußten, daß die Sparkasse vorher keine Kriegsanleihe besaß. Von diesem Gelde erhielten:

Die Nachoder Vorschusskasse . . . 400.000 K, die Genossenschaft Slavia . . . 250.000 „ die Genossenschaft Zvoponec, Nachod . . . 100.000 „ der Konsumverein Zvoponec, Jaroměř . . . 100.000 „ Groh tilgte mit dem so gewonnenen Gelde seine eigenen Schulden, ließ das restliche Geld auf das Unternehmen „Produktiva“ übertragen, das ihm gehört.

Die zweite Manipulation wurde durch die Vorschusskasse in Oederfurt durchgeführt. Diese hatte im Jahre 1923 121.000 K Passiva. Die Ursache dieser Passiva war in einem Parteiblatt der tschechischen Nationalsozialisten zu suchen, das von der Vorschusskasse ausgegeben wurde. Das Blatt hieß erst „Vešta Strava“, später „Moravsko Slezsko Listy“ und wurde aus Veranlassung des dortigen tschechisch-nationalsozialistischen Kreissekretariates für Parteilagationszwecke herausgegeben. Der Vorsitzende der tschechischen Nationalsozialisten und Vizevorstand der Oederfurter Vorschusskasse, Matuzek, wandte sich wegen des bevorstehenden Abzuges der

manipuliert mit, die durch ihr großes technisches Können, durch die Einbeziehung der Erzeugnisse der neuen Tanzkunst und durch glänzende Namen wie der der Pavlova und der Karavina Weltberühmtheit erlangte — Ruf allerdings in jener Welt, die wieder durch eine Welt von den auf andere Kunst und Kultur hinzielenden Massen getrennt ist. Das Programm des ersten Abends scheint und geradezu unübertrefflich nachgewiesen zu haben, was von der Kunst, die das Diaghileff-Ballett bietet, ist, was noch lebendiger und was lebendiger ist. Die erste Pöce rechtfertigt unsern Gedruken an ein Museum: die englische Pantomime „Der Triumph des Reptil“ ist eine mischliche Zwiebel zwischen alter Tanzakrobatik und modernem Ausdruckstanz, zwischen höflichem Tanz und Kunst: künstlerisch Zusammenhangslos ist künstlich verbunden, die „Fabel“ des Stüdes — ein Maries entlicht ins Reich der Elfen — arm und bedeutungslos; die Musik eines „Lord Berners“ ist so leeres Geräusch, doch man beglückt aufhorcht, wenn die Reminiscenz an die „Götter Rufe“ aufsteht. Die hervorragenden Einzelleistungen, bravouroscher Akrobatik, alter Schule, fabelhafte Sprungtechnik und schöne Gravenbilder konnten für die Gesamtmängel nicht entschuldigend. Ganz anders das nach einer alten griechischen Fabel komponierte Ballett „La Chatte“ (Die Katze); die ersehnte Verwandlung der Katze in ein junges Weib und ihre Wandlung war in einzigartigem feinen Rahmen und von einer gefühlvollen Musik begleitet tänzerisch vollendet; wiedergeben. Kammerklang, expressivistisch, ja labilistisch umrahmt.

Die Szene, ganz in Marienglas getaucht, bot ein wunderbares Bild. Den Jüngling tanzte Serge Lifar, einer der glänzendsten Künstler des Ensembles, mit stupender Technik und enormem Ausdruckvermögen; seine Partnerin, Alicia Markova, war mit der Schönheit ihres Körpers, mit ihrer schmelzlichen Grazie, mit ihren feinen Zügen ein bezauberndes Mädchen, noch

mehr aber als dieses Vollen stellte sich „Le Tri-corne“ (Der Dreieck) als ein wirklich geschlossenes Kunstwerk dar, an dem das russische Ensemble kein ganzes Können erweisen konnte. Hier bildet die Fabel eine volkstümliche spanische Komödie, das Liebesvergehen eines ältlichen, lächerlichen Gouverneurs um die schön: Frau des Müllers, mit tragikomischem Ausgang. Manuel de Falla, der bekannteste unter den modernen spanischen Komponisten, hat zu diesem „Ballett“ eine einflussreiche Musik geschrieben, die aus dem Volkstümlich schöpft, auch sonst ein wenig effektiv anmutet, aber wirkliche, erstföchte Musik ist, deren Rhythmus fortwährend, deren Humor freundlich belebt und das Gröteske der Pantomime ausgeglichen hebt. Die Chorographie in Fallas konnte sich an diesem Werk, das uns lebendigste Kunst zu sein scheint, als meisterhaft erproben. Hier fügte sich tatsächlich Einzelheit organischer an Einzelheit, hier wirkten die fabelhaften Leistungen Leon Wojzickow ist us, der Tschernitschewa und Balantchinsk als Teile eines ganzen, hier fanden schließlich wahre, echte Geföhle vollendeten Ausdruck im Tanz, vor allem im Tanz der Mäusen. Hier fand sich das Ballett mit einem Wort auf dem Weg, auf dem unseres Erachtens überhaupt der Tanz der Zukunft sich bewegen wird. Tanz, Musik, Mimik, Raumkunst und Farbenkunst schienen hier wirklich eine Synthese, eine musikalische Tanzkunst, die dem Empfinden unserer Zeit entspricht. Hier war auch der Jubel des Publikums, das das Theater fast füllte, am lautesten. Und dieses Ballett löst es auch bedauern, daß diese Kunst des russischen Ensembles immer nur den wenigen zahlungsfähigen Tausenden in einigen wenigen Großstädten zuteil wird, nicht aber den breiten Massen in allen Städten und Dörfern. Aber die Volkstanz, die von unten kommen muß, wird an dem Centre, das die neue Diaghileff in „Le Tri-corne“ so begeisternd meisterten, anknüpfen können.

Der dritte Schwindel ist der Fall der Kladauer Sparkasse. Mit Hilfe des inzwischen verstorbenen landesfürstlichen Kommissärs der Sparkasse und Rat der Bezirksverwaltung Jaroslav Kostal, mit dem Dostál in guten Beziehungen war, gelang es Dostál, dort eine Anleihe von 1.000.000 K zu erhalten. Die Sparkasse besaß um 111.750 K Kriegsanleihe, subskribierte aber mit Hilfe Dostáls, Kováls und Grohs um 5.828.300 K, wofür sie tschechische Titres um 4.371.000 K in Empfang nahm.

Der nächste Betrag erfolgte durch die Subskription der Volksvorschusskasse in Prag, deren Vorstand aus Salda und Kozeluh bestand. Salda und Groh haben sich bereits bei dem letzten Prozesse verteidigt, bona fide gehandelt zu haben und wurden freigesprochen, aber diesmal führt die Anklage aus, daß die Angeklagten wissen mußten, daß die Sparkasse doch überhaupt keine Kriegsanleihe besaß und daß sie die Subskriptionslisten auch nicht in bianco unterfertigen durften. Der Schaden, den der Staat erleidet, beträgt in diesem Falle 595.650 K, der Gesamtschaden durch die angeführten Manipulationen 46.758.112 K bei Subskription der 25prozentigen tschechischen Titres, 7.036.500 K bei Subskription der 5prozentigen tschechischen Titres. Rechnet man die Schadenssumme aus dem vorigen Prozesse hinzu, die 23.656.752 K beträgt, so ergibt sich, daß der Staat auf diese Weise um 77.446.875 Kronen betrogen wurde, wovon 70 Millionen K uneinbringbare Renten mit ewiger Zinsverpflichtung sind, die der Staat bezahlen muß, für welches Geld er jährlich eine Menge sozialer Aufgaben lösen konnte.

Wirtschaft.

Rundgebungen zum Textilarbeiterstreik.

Der Kampf vergrößert sich.

Dienstag, den 15. November fand in Weißbach eine gute Zirkelversammlung der Arbeiterchaft der Firma Biener in Weißbach statt, wo festgestellt werden konnte, daß sich der ganze Betrieb Freitag dem allgemeinen Textilarbeiterstreik in Friedland angeschlossen hatte und auch restlos durchgeführt wird. Die Stimmung der Arbeiter ist von Kampfbegiertheit durchdrungen, die in der Versammlung wiederholt zum Ausdruck kam. Der Bericht über die Ursachen des Kampfes und über die Situation im ganzen Friedländer Bezirke, welchen die Genossin Reumann brachte, wurde von der Versammlung begeistert aufgenommen. Die Solidaritätsrundgebungen, welche die Referentin aus den übrigen Gebieten der Arbeiterchaft von Weißbach übermittelte, fanden begeisterte Zustimmung.

Die Arbeiterchaft der Firma Müller in Ebersdorf hat sich Samstag dem Textilarbeiterstreik angeschlossen. Die Streikleitung hat die Feststellung der Waren in der Färberei der Firma gesichert. Diese Aufsicherung wurde von einigen Arbeitern, welche Angehörige von Werkmeistern, Beamten usw. waren, beantragt, um auch ihre Arbeit im Betriebe aufnehmen zu können. Durch solche Gerüchte, welche unter der Arbeiterchaft Verbreitung fanden, zum Beispiel, daß der Streik abgebrochen worden ist, oder es würde den Arbeitern durch Kurieren mitgeteilt, daß im Friedländer Bezirke in allen Betrieben zumeist gearbeitet wird und der Streik eben kein vollständiger ist, hatten sich die Arbeiter irren lassen. Die Firma versuchte die Arbeiter irren zu führen, indem sie durch Petze die Arbeiter von diesen Dingen verstandigte. So ist es gelungen, einige Arbeiter zu beeinflussen, welche die Arbeit Dienstag und Mittwoch wieder aufnahmen. Die Firma hatte sich auch zu dem Zwecke ein ziemlich starkes Gendarmereiaufgebot beigelegt, damit den Arbeitswilligen nicht zu nahe getreten werden darf, und wie sie angab, die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten sollen. Das Vorhandensein der Gendarmerei hat innerhalb der Arbeiterchaft ziemlich Erbitterung hervorgerufen, so daß sie am Donnerstag verstärkte Streikposten vor dem Betriebe aufstellten, um die Arbeitswilligen über den wahren Sachverhalt aufzuklären und ihnen die Unwahrscheinlichkeit der Gerüchte mitzuteilen. Der vereinten Arbeit der Ebersdorfer Genossen und Genossinnen, welche durch auswärts Unterstützung fanden, und zwar aus Weißdorf, Wiehe usw., ist es Donnerstag, den 17. Nov. gelungen, die Arbeiter von dem Betriebe abzuholen. Eine anschließende Versammlung, welche im Zirkelklub Lehmann stattfand, brachte unter der Arbeiterchaft die nötige Aufklärung. Genossin Reumann sprach in eindringlichen Worten zu den Versammelten und erst jetzt konnten die Arbeiter erkennen, daß sie durch Trabanten von Seite der Firma vollständig irren geleitet waren. Alle Anwesenden haben sich dann dem Streik restlos angeschlossen und nachdem nur einige nahe Anverwandte von Beamten sich im Betriebe befanden und mit ihnen die Produktion nicht aufrecht gehalten werden konnte, sah sich die Firma veranlaßt, zu Mittag auch diese wenigen zu Hause zu schicken. Somit fand ihrer Arbeitswilligkeit ein ziemlich unruhiges Ende.

Es ist somit auch in Ebersdorf der Streik ein einheitlicher und restloser. Auch die dortige Arbeiterchaft wird im Kampfe anhalten und volle Solidarität gegenüber den anderen Streikenden halten.

Prager Kurie am 21. November.

Table with exchange rates for various currencies like Dutch, Reichsmark, and Sterling.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar

Aus Normungsbestrebungen in der Glühlampen-Technik ist die neue Osram-Lampe hervorgegangen. Die neuen Osram-Lampen (15, 25, 40 Watt) für alle normalen Beleuchtungsgrade bedeuten eine wichtige Fortschritt. Es wird in ihnen ein vorbeständiger Wendeldraht verwendet, der die Wirtschaftlichkeit der Lampe erhöht, d. h. es wird bei gleichem Stromverbrauch ein größerer Lichtstrom erzeugt als mit Lampen früherer Ausführung. Auch die Lichtverteilung ist durch die Verwendung des Wendeldrahtes und seine geschickte Anordnung günstiger für Beleuchtungsgrade. Vorteilhaft ist auch die gefällige Birnenform der Lampe, die sich jedem Beleuchtungsgegenstand gut anpaßt, sowie die zweckmäßige Einheitspackung zur erleichterten Aufbewahrung. Fortschrittlich vervollkommener in jeder Beziehung zeigt sich also die neue Osram-Lampe, weshalb sie berufen ist, alle anderen Ausführungsarten zu verdrängen.

Das Diaghileff-Ballett

Erster Abend.

Ballett! Das Wort klingt wie aus ferner, abgeschlossener Zeit. In unserer neuen Epoche der Tanzkunst, die der freie Tanz kennzeichnet und in der der Tanz leichter und sichtbar als andere künstlerische Formen zur Volks-, zur Volkstanz sich umgestalten beginnt, sind wir geneigt, das Ballett, das als lebendige Kunst längst dahinwelkte, vollends in das Reich des Museums zu verbannen. Das Ballett war höfische Kunst: zu ihr zürten Bräutigam zu schlagen, bedeutet, eben weil sie zurückzuführen, den Serius, inhaltlich bedeutungslos Gewordenen eine neue Bedeutung zu geben. Das aber widerspricht so sehr allen unsern Begriffen von Kunst, daß wir einem Ballett nicht mit der Erwartung eines reinen künstlerischen Erlebnisses, sondern mehr mit Neugier, Spannung auf einen Kampf des Auges, unierer ähneren Sinne durch Körperlichkeit, Bewegung, Ansehen und Farbe in Verbindung mit Raum- und Tonkunst entgegenzehen.

Nicht ganz gilt das für das russische Ballett Diaghileff, das gestern sein dreieinzigjähriges Bestehen am Neuen Deutschen Theater begann und in dem man nicht nur eine Höheform, sondern auch eine neue Form des Balletts, gewissermaßen seine Renaissance vor sich hat. Diaghileff und sein erstes Ensemble haben vor etwa zwanzig Jahren die ballettreformerischen Ideen Fokins, des kaiserlich-russischen Ballettmeisters auf westeuropäischem Boden durchzuführen begonnen; aus dem bloßen Ausstattungs- und Schaustück mit fast ausschließlich künstlichen und dekorativen Reizen vertrieben sie das Ballett in ein tänzerisches, pantomimisches Musikdrama zu verwandeln. Bedeutende Maler und Musiker (Nikolaj Strau) hat für Diaghileff die „Dofislegenden“ geschrieben, halfen an der Modernisierung des Balletts durch die russische

